

BETRIEBSWIRTSCHAFT**AUFSATZ**

Unternehmensbewertung

Fehlerhaftes DCF-Standardmodell der Unternehmens- und Markenbewertung?**Prof. Dr. Peter Hoberg, Worms**

Die Ableitung der Kosten- und Leistungen aus den Erträgen und Aufwendungen des externen Rechnungswesens im Rahmen der DCF-Kalkulation ist in der Literatur bislang deutlich weniger im Blickpunkt gestanden als bspw. die Ableitung der Zinssätze. Die Annahme, dass Zahlungen jedoch immer nur am Jahresende anfallen, führt zu Ungenauigkeiten und daraus resultierend Bewertungsfehlern. In dem Beitrag werden diese Zusammenhänge erläutert und ein verbesserter Ansatz zur Ermittlung der Free Cashflows als Lösungsvorschlag vorgestellt.

DB0682157

S. 1909

KURZ KOMMENTIERT

IFRS

Zum Mythos der konzeptionellen Überlegenheit des Impairment-only-Ansatzes**Dr. Andreas Haaker, Berlin**

DB0693542

S. 1918

STEUERRECHT**AUFSATZ**

Kapitalertragsteuer

Aktuelle Problemstränge zwischen Abgeltungsteuer und Einkommensteuererklärung**StB Dipl.-Kfm. Dr. Udo A. Delp, Bergheim/Köln**

Obwohl bei einzelnen Kapitalanlagen erhebliche rechtliche Zweifel an der Besteuerungsauffassung der Finanzverwaltung bestehen, wird der KapEst-Abzug von den Kapitalanlegern vielfach nicht hinterfragt. Im Einzelfall wird daher eventuell eine von der Meinung der Finanzverwaltung abweichende Rechtsauffassung über die Abgabe einer ESt-Erklärung nicht geltend gemacht. Damit können steuerliche Nachteile verbunden sein. Der Beitrag zeigt die entsprechenden Problemstränge auf und gibt Hinweise zu Gestaltungsansätzen.

DB1044758

S. 1919

Steuerstrafrecht

Steuerstrafrechtliche Beurteilung und Behandlung zu Unrecht zu hoch festgestellter steuerlicher Verluste**RA/StB/WP Dipl.-Kfm. Horst Langel / RA Dr. Michael****Betzinger, LL.M. (Taxation), beide Frankfurt/M.**

Eine unberechtigt zu hohe Feststellung eines steuerlichen Verlusts verwirklicht nach der Rechtsprechung des BGH eine Steuerhinterziehung in der Tatalternative des Erlangens eines nicht gerechtfertigten Steuervorteils. Auf eine konkrete Bezifferung des Steuergefährdungspotenzials wird in der Praxis der Strafverfolgungsbehörden unter Berufung den BGH verzichtet. Der Beitrag tritt dieser Praxis entgegen und zeigt, dass das Steuergefährdungspotenzial im Einzelfall nachzuweisen und zu quantifizieren ist, um einer Überdehnung des Tatbestands der Steuerhinterziehung vorzubeugen.

DB0697315

S. 1925

KURZ KOMMENTIERT

Einkommensteuer

Unterkunfts-kosten bei Nutzung einer Eigentumswohnung am Beschäftigungsort**RiFG Prof. Dr. Volker Kreft, Bielefeld**

DB0695921

S. 1931

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer

Bescheinigung der „Ansässigkeit“ bei Mitunternehmensschaften (PersGes.)**FinMin. Schleswig-Holstein, ESt-Kurzinformation Nr. 2015/19 vom 11.08.2015**

DB1066263

S. 1933

Einkommensteuer

Ermittlung der Einkunftsgrenzen nach § 1 Abs. 3 EStG**OFD NRW, Kurzinformation vom 05.08.2015**

DB1049626

S. 1933

Einkommensteuer

Anwendung des § 15a EStG bei vermögensverwaltender Kommanditgesellschaft**OFD Niedersachsen, Verfügung vom 30.07.2015**

DB1066266

S. 1933

Abgabenordnung

Vorläufige Steuerfestsetzung (§ 165 Abs. 1 AO) im Hinblick auf anhängige Musterverfahren**BMF, Schreiben vom 17.08.2015**

DB1067200

S. 1934

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer

Gleitende Vermögensübergabe – Anwendung des neuen Rechts**BFH, Urteil vom 12.05.2015 – IX R 32/14**

DB1067339

S. 1935

Einkommensteuer

Zivilprozesskosten als außergewöhnliche Belastungen**BFH, Urteil vom 18.06.2015 – VI R 17/14**

DB1067307

S. 1936

Umsatzsteuer

Kein Nachweis der innergemeinschaftlichen Lieferung durch Zeugen**BFH, Urteil vom 19.03.2015 – V R 14/14**

DB1067337

S. 1939

Internationales Steuerrecht

Analoge Anwendung der Härteausgleichsregelungen in § 46 Abs. 3 und 5 EStG 2009 bei in der Schweiz beschäftigtem Grenzgänger**BFH, Beschluss vom 27.11.2014 – I R 69/13**

DB1067338

S. 1941

Abgabenordnung

Grenzen der Speicherung digitalisierter Steuerdaten aufgrund einer Außenprüfung**BFH, Urteil vom 16.12.2014 – VIII R 52/12**

DB1067352

S. 1943

WIRTSCHAFTSRECHT



ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Insolvenzrecht

Die Neufassung der Europäischen Insolvenzverordnung: Erleichterung bei der Restrukturierung in grenzüberschreitenden Fällen? (Teil 2)

RA Daniel Friedemann Fritz, Frankfurt/M.

Ab Juni 2017 müssen auf grenzüberschreitende Insolvenzverfahren die Regelungen der reformierten EulnsVO angewandt werden. Für die Steuerung künftiger Geschäftsprozesse sollten sich die Unternehmen bereits jetzt einen Überblick über die Neuregelung verschaffen. Der zweite Teil des Aufsatzes erörtert insbesondere die neu geschaffenen Vorschriften zur Konzerninsolvenz.

DB1046392

S. 1945

KURZ KOMMENTIERT

GmbH-Recht

Haftung für Einlageschuld nach Kaduzierung

RA Dr. Philipp Wösthoff, Bonn

DB1055446

S. 1950

ENTSCHEIDUNGEN

Personengesellschaftsrecht

„Sanieren oder Ausscheiden“: Treuepflichten der Gesellschafter eines Immobilienfonds in Sanierungsfällen

BGH, Urteil vom 09.06.2015 – II ZR 420/13

DB1066144

S. 1951

Kapitalanlage

Haftung des Geschäftsführers wegen Kapitalanlagebetrugs im Falle der weiteren Verwendung nachträglich unrichtig gewordener Emissionsprospekte

BGH, Urteil vom 12.05.2015 – VI ZR 102/14

DB1050111

S. 1955

Insolvenzrecht

Unwirksamer Verzicht auf Restschuldbefreiung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen

BGH, Urteil vom 25.06.2015 – IX ZR 199/14

DB1066143

S. 1959

Versicherungsrecht

Rückabwicklung eines Lebensversicherungsvertrages: Anrechnung von SolZ und Kapitalertragssteuer als Vermögensvorteil

BGH, Urteil vom 29.07.2015 – IV ZR 448/14

DB1067302

S. 1961

AUFSATZ

Entgeltrecht/Insolvenzrecht

Gesetzlicher Mindestlohn: Keine Haftung des Auftraggebers für insolvente Nachunternehmer

RA/FAArbR Dr. Alexander Bissels / RAin Kira Falter /

RAin Dr. Hannah Krings, alle Köln

Zurzeit arbeiten BMAS und BMF an einer Klarstellung gegenüber der Zollverwaltung, dass bei der Auftraggeberhaftung nach dem MiLoG der eingeschränkte Unternehmerbegriff zugrunde gelegt werden soll. Danach übernehmen Unternehmen nur die Verantwortung für die Weitergabe eigener vertraglicher Pflichten. Trotzdem obliegt – ohne Gesetzesänderung – die zivilrechtliche Haftung den Gerichten. Der Beitrag greift noch einmal die Frage der Reichweite der Haftung auf und befasst sich dann insb. auch mit der bislang ebenso ungeklärten Frage, ob der Auftraggeber das Insolvenzrisiko seines Subunternehmers in Bezug auf die Zahlung des Mindestlohns trägt.

DB0698569

S. 1962

KURZ KOMMENTIERT

Kündigungsrecht

GmbH-Geschäftsführer zählen bei Massenentlassungen mit

RA Dr. Stefan Lingemann, Berlin / RA Jörn Otte, Hamburg

DB0990810

S. 1965

Kündigungsrecht

Altersgruppenbildung bei der Sozialauswahl hat streng proportional zu erfolgen

RA Florian Marquardt, Frankfurt/M.

DB0991535

S. 1967

ENTSCHEIDUNGEN

Arbeitsvertragsrecht

Sonderzahlungen: Bindungswille des Arbeitgebers auch bei unterschiedlich hoher Zuwendung

BAG, Urteil vom 13.05.2015 – 10 AZR 266/14

DB1049376

S. 1968

Kündigungsrecht

Voraussetzungen der krankheitsbedingten Kündigung wegen lang andauernder Erkrankung

BAG, Urteil vom 20.11.2014 – 2 AZR 664/13

DB0990808

S. 1969

Betriebliche Altersversorgung

Änderung einer Versorgungszusage

BAG, Urteil vom 10.03.2015 – 3 AZR 56/14

DB1046685

S. 1970

Betriebsverfassungsrecht

Zuständigkeit des Betriebsrats für Betriebsvereinbarung über Mitarbeitergespräche?

BAG, Beschluss vom 17.03.2015 – 1 ABR 48/13

DB0698664

S. 1971

Tarifvertragsrecht/Betriebsverfassungsrecht

Eingruppierung bei verschiedenen Teiltätigkeiten unterschiedlicher Entgeltgruppen

BAG, Urteil vom 18.02.2015 – 4 AZR 778/13

DB0733612

S. 1972

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Tarifgestaltung eines Wasserversorgungsunternehmens (8.7.2015 – VIII ZR 106/14)

OLG Hamburg: Pflichtverletzung eines Insolvenzverwalters bei unabhägtemter Beendigung einer D&O-Versicherung des Geschäftsführers (8.7.2015 – 11 U 313/13)

OLG Stuttgart: Anfechtung von Beschlüssen der Hauptversammlung (8.7.2015 – 20 U 2/14)

Aufsätze

Prof. Dr. Holger Fleischer, LL.M., und Claudius Eschwey, LL.M.

Die versäumte Einladung als Beschlussmangel im Aktien-, GmbH-, Vereins- und Wohneigentumsrecht

Der Beitrag untersucht, wie Rechtsprechung und Rechtslehre die versäumte Einladung eines Aktionärs, GmbH-Gesellschafters, Aufsichtsrats- oder Vereinsmitglieds behandeln. Außerdem berücksichtigt er die Nichtladung eines Wohnungseigentümers zur Eigentümerversammlung, um zusätzliches Vergleichsmaterial zu gewinnen. Zu Beginn entfaltet er den Meinungsstand zu den jeweiligen Problemlagen. Sodann folgen zwei kurze Streiflichter zum schweizerischen und englischen Gesellschaftsrecht. Schließlich werden die verstreuten Einzelvorschriften und Grundwertungen für die versäumte Einladung von Verbands- und Organmitgliedern zusammengeführt und rechtsformübergreifend gewürdigt.

Dr. Christoph Andreas Weber

Kündigung von Bausparverträgen – § 489 BGB als Ausweg aus der eigenen Vertragsgestaltung?

Nach Jahren ohne intensives Echo in der Fachliteratur nimmt die wissenschaftliche Diskussion um die Kündigungswelle bei Bausparverträgen zunehmend an Fahrt auf. In einem aktuellen Beitrag in dieser Zeitschrift vertreten *Edelmann/Suchowerskyj* den Standpunkt, § 489 BGB gewähre Kreditinstituten das Recht, die von ihnen selbst abgeschlossenen (und i. d. R. auch vorformulierten) Verträge zu kündigen. Sie wollen die als Schuldnerschutzinstrument konzipierte Norm damit in ein Instrument der Kreditwirtschaft zur Korrektur der eigenen Vertragsgestaltung umfunktionieren. Der Beitrag widerspricht dieser These unter Verweis auf die Entstehungsgeschichte des § 489 BGB und den Grundsatz der Privatautonomie.

Entscheidungen

BGH: Keine Haftung eines ausgeschiedenen Gesellschafters für die erst nach seinem Ausscheiden fällig werdende Einlagenschuld eines Mitgesellschafters

(19.5.2015 – II ZR 291/14 – dazu BB-Kommentar von

Prof. Dr. Olaf Müller-Michaels, RA)

BGH: Aufhebung eines Unternehmensvertrags mit einer abhängigen GmbH ist nur zum Ende des Geschäftsjahres möglich

(16.6.2015 – II ZR 384/13 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Thomas Derlin, LL.M., RA)

Neuerscheinung Buch

Günther/Beyerlein, DesignG, 3. Auflage

Praktiker-Kommentar zur Modernisierung des Geschmacksmustergesetzes durch das Designgesetz XVIII, 1.145 Seiten, € 148,00
ISBN: 978-3-8005-1605-6

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Besteuerung des Gewinns aus der Veräußerung von Xetra-Gold Inhaberschuldverschreibungen (12.5.2015 – VIII R 35/14)

BFH: Besteuerung des Gewinns aus der Einlösung von Xetra-Gold Inhaberschuldverschreibungen – Termingeschäft i.S. des § 20 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 EStG (12.5.2015 – VIII R 4/15)

BFH: Antrag auf Anwendung der tariflichen Einkommensteuer (Günstigerprüfung) nach § 32d Abs. 6 EStG (12.5.2015 – VIII R 14/13)

BFH: Kein Gutglaubensschutz an das Vorliegen der Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs im Festsetzungsverfahren (22.7.2015 – V R 23/14)

BFH: Vorsteuerabzug eines Generalmieters und steuerfreie Entschädigung für die Ablösung einer Mietgarantie (15.4.2015 – V R 46/13)

Niedersächsisches FG: Verpflichtung eines Servicedienstleisters zur Herausgabe von Daten der Nutzer einer Internethandelsplattform (30.6.2015 – 9 K 343/14)

Niedersächsisches FG: Änderung eines bestandskräftigen Bescheids nach § 175 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AO nach planmäßigem Abschluss des Bauvertrages (13.10.2014 – 7 K 158/14)

FG Hamburg: Verbrauchsteuerentstehung durch Entnahme aus einem Steuerlager ohne anschließendes Steueraussetzungsverfahren (19.6.2015 – 4 K 13/15)

Aufsätze

André Kral und Anne-Kathrin Watzlaw, StBin

Die geplante Reform der Investmentbesteuerung – Praxishinweise und Handlungsbedarf aus Sicht einer depotführenden Stelle

Der nun vorliegende erste offizielle Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung sieht eine Vielzahl von veränderten und neuen Pflichten der depotführenden Stellen vor. Der Beitrag zeigt diese auf und erläutert den damit einhergehenden Handlungsbedarf.

Dietrich Loll, RA/StB, und Christoph Malzkorn, RA/StB

Aktuelle finanzgerichtliche Rechtsprechung für Freiberufler-Personengesellschaften

Der Aufsatz fasst die ertragsteuerlichen Entwicklungen und Tendenzen der aktuellen finanzgerichtlichen Rechtsprechung in Bezug auf Freiberufler-Personengesellschaften zusammen und zeigt mögliche steuerliche Auswirkungen der Urteile auf. Es versteht sich, dass in diesem Rahmen nicht alle entsprechenden finanzgerichtlichen Urteile besprochen werden können, sondern dass sich der Beitrag auf die bemerkenswertesten Entscheidungen der letzten Zeit beschränkt.

Entscheidung

EuGH: Weites Ermessen der Behörden begründet nicht immer einen selektiven Vorteil (4.6.2015 – C-15/14 P)

Neuerscheinung Buch

Moritz/Jesch, InvStG – Investmentsteuergesetz

Frankfurter Kommentar zum Kapitalanlagerecht, Bd. 2
Praxisnaher Großkommentar zur Neukonzeption des InvStG
1.286 Seiten, € 289,00
ISBN: 978-3-8005-1581-3/Infos unter: www.shop.ruw.de



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

2217

Rechnungslegung

FASB: Klarstellung der Regelung zur Umsatzerfassung

DStV: Zinsen auf Investitionsabzugsbetrag heizen den BHKW-Betreibern ein

Wirtschaftsprüfung

IDW: Stellungnahme zum Entwurf eines Anwendungserlasses zur Selbstanzeige nach § 153 AO

Finanzierung

PwC: Globale IPO-Studie – Deutschland bleibt gutes Pflaster für Börsengänge im Technologiesektor

BMWi: INVEST mobilisiert über 100 Mio. Euro Wagniskapital für junge innovative Start-Ups

Betriebswirtschaft

Bitkom: Sechs von zehn Gründern klagen über Bürokratie-Hürden

IfM: Etablierte Gründungen wachsen überdurchschnittlich in den ersten Jahren

Aufsatz

Prof. Dr. Andreas Dutzi,

Dipl.-Betriebsw. (FH) **Holger Christoph Leuvelde, CVA,** und

Dipl.-Kfm. **Bastian Rausch, StB**

2219

Zweifelsfragen bei der Bilanzierung von Upstream Mergers nach HGB und IFRS

Verschmelzungen stellen sehr häufig anzutreffende Umstrukturierungsmaßnahmen dar. Die bilanzielle Abbildung solcher Transaktionen wird jedoch nur vordergründig im UmwG geregelt. Die allgemein gehaltenen Formulierungen des UmwG erfordern einen Rückgriff auf konkrete Rechnungslegungsnormen, wobei neben dem HGB auch internationale Standards (z.B. IFRS) herangezogen werden können. Konkrete Hinweise zur Bilanzierung von Verschmelzungen finden sich in IDW RS HFA 42 sowie in einschlägigen Kommentaren. Divergierende Auffassungen bestehen vor allem hinsichtlich der Höhe der Anschaffungskosten sowie bei der Beantwortung der Frage, ob entstehende Differenzbeträge erfolgswirksam oder -neutral zu erfassen sind. Die Wahl der Abbildungsmethode hat erheblichen Einfluss auf die Kapitalstruktur, die Jahresergebnisse und das Ausschüttungspotenzial künftiger Perioden. Der Beitrag diskutiert die bilanzielle Abbildung eines Upstream Merger im Einzelabschluss nach HGB und stellt dieser die Bilanzierung nach IFRS vergleichend gegenüber.

Entscheidung

Niedersächsisches FG: Zeitpunkt der Gewinnrealisierung bei Verkauf von Grundstücken eines noch zu erschließenden Baugebiets (23.6.2015 – 6 K 13/14 – dazu BB-Kommentar von

Nikolaj Kubik, RA)

2224

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

2227

Entscheidungen

LAG Schleswig-Holstein: Kündigung wegen „Sitzstreiks“ zur Durchsetzung einer Vertragsänderung (6.5.2015 – 3 Sa 354/14)

Sächsisches LAG: Nachträgliche Zulassung der Kündigungsschutzklage bei Arbeitsunfähigkeit (11.5.2015 – 4 Ta 19/15 (6))

LAG Berlin-Brandenburg: Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung (17.4.2015 – 2 BVL 5001/14)

BAG: Ablehnung einer Betriebsrentenanpassung bei ungenügendem Eigenkapital des Arbeitgebers (14.7.2015 – 3 AZR 252/14)

BAG: Freistellung des Betriebsratsmitglieds von Übernachtungskosten bei nachträglicher Änderung der für die kostenauslösende Entscheidung maßgeblichen Umstände (27.5.2015 – 7 ABR 26/13)

Aufsatz

Dr. Friedrich-Wilhelm Lehmann, RA

2229

Tarifeinheitsgesetz – Die neue Unordnung in der gewillkürten Ordnung (Teil 1)

Das Gesetz zur Tarifeinheit (Tarifeinheitsgesetz) ist trotz aller Kritik aus Wissenschaft und Praxis am 10.7.2015 in Kraft getreten. Einzelne betroffene Gewerkschaften und sogar einzelne betroffene Arbeitnehmer haben beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz erhoben, weil sie sich durch das Tarifeinheitsgesetz (TEG) in ihren Grundrechten verletzt und existenziell bedroht fühlen. Mindestens bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist das TEG in der Betriebspraxis umzusetzen. Je nach Entscheidung kann die Umsetzung zeitlich fort dauern. Der Autor wendet sich der ordnungsgemäßen Umsetzung des Tarifeinheitsgesetzes (TEG) in Recht und Praxis zu. Er bietet den Betriebspraktikern anhand von Beispielen Lösungen an. Diese erfassen die Zeiten der Verdrängung und der erneuten Geltung miteinander kollidierender Tarifverträge mit sich überschneidenden Geltungsbereichen. Die Themen berühren auch die für Minderheitsgewerkschaften verbliebenen Freiräume zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen mit der Arbeitgeberseite sowie die ihnen verbliebenen legitimen Möglichkeiten zum Arbeitskampf. Den zweiten Teil des Aufsatzes (ab Punkt V.) findet sich in der kommenden Ausgabe des BB.

Entscheidung

BAG: Befristung – Fortführung des Vertrags nach Rentenbeginn (11.2.2015 – 7 AZR 17/13 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Christian Ley, RA/FAArbR)

2240

Neuerscheinung Buch

Schleißmann, Das Arbeitszeugnis, 21. Auflage

Zeugnisrecht, Zeugnissprache, Bausteine, Muster,

Auskünfte über Arbeitnehmer

321 Seiten, € 69,00

ISBN: 978-3-8005-3282-7 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Dr. Christian von Oertzen, RA/FAStR

Die EU-ErbVO – Neue Planungsgrundlage für internationale Familienunternehmer

Jobs der Woche

VII

Impressum/Vorschau

VIII

Save the date

Recht der
Finanzinstrumente

Betriebs-Berater Kapitalmarkt

Workshop

RdF-Workshop zur Kapitalanlage in Debt

am 13. Oktober 2015
in Frankfurt am Main

<http://veranstaltungen.ruw.de/veranstaltungen/finanzmarkt>

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht



European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 16/2015

27. August · 26. Jahrgang 2015 · Seite 609–648

Inhalt

Gastkommentar	Martin Nettesheim Mehr Mut zur Supranationalisierung von Verteilungsproblemen!	609
Europa-Report	Beihilfe-, Handels-, Kartell-, Markenrecht uvm	611
Aufsätze und Berichte	Christian Armbrüster Die jüngere Entwicklung des europäischen Privatversicherungsrechts bis Mitte 2015	614
	Andreas Zellhofer/Lukas Solek Absolute rechtliche Unmöglichkeit der Rückforderung rechtswidriger Beihilfen	622

Rechtsprechung

EuGH	14. 04. 2015 – C-409/13	Institutionelles: Rücknahme von Gesetzgebungsvorschlägen durch die Kommission (m. Anm. Tibor Scharf, S. 632)	628
EuGH	11. 06. 2015 – C-226/13, C-245/13, C-247/13, C-578/13	Zivilprozessrecht: Anwendbarkeit der EuZVO auf Klagen gegen den griechischen Staat wegen des Zwangsumtauschs von Staatsanleihen (m. Anm. Rolf Wagner, S. 636)	633
EuGH	16. 06. 2015 – C-593/13	Niederlassungsfreiheit: Inlandssitz von Zertifizierungseinrichtungen (m. Anm. Luigi Malferrari, S. 640)	638
EuGH	26. 03. 2015 – C-556/13	Versicherungsrecht: Unterscheidung der Höhe einer Kfz-Versicherungsprämie nach Betriebsgebiet	641
EuGH	24. 02. 2015 – C-512/13	Freizügigkeit: Pauschal gewährter Steuervorteil durch Steuerbefreiung von Kostenerstattungen durch Arbeitgeber	643
EuGH	25. 06. 2015 – C-18/14	Gesellschaftsrecht: Erwerb einer Beteiligung an einem Versicherungsunternehmen unter Auflagen	645
OLG Schleswig	04. 12. 2014 – 5 U 89/14	EuGVVO: Keine Zuständigkeit deutscher Gerichte für Klagen der vom Schuldenschnitt betroffenen Anleger in griechische Staatsanleihen gegen Griechenland (Ls.)	648

Änderungen der Gewinn- und Verlustrechnung durch das BilRUG 869

Wie soll über Organvergütungen berichtet werden? 877

Umsetzung von Solvency II 886

Entschädigungsproblem gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 KredReorgG 898

Ermittlung eines objektivierten Unternehmenswerts von KMU 908

EDITORIAL

Arndt Geiwitz

Hat das ESUG seine Ziele erreicht?.....I

KOMPAKT

Prüfung

IDW zur Verwendung der Arbeit von Sachverständigen..... 865

Umgang mit Gesetzesverstößen bei der Abschlussprüfung 865

Rechnungslegung

IDW zum Konzept einer Umsetzung der CSR-Richtlinie – Reform des Lageberichts 866

Entwurf mit Klarstellungen von IFRS 15..... 866

Endorsement der Konsolidierungsausnahmen für Investmentgesellschaften..... 866

Integrierte Berichterstattung ist wichtig..... 866

Berufsrecht

IDW zur Änderung des Sachverständigenrechts..... 867

Neues Rahmenkonzept zur Aus- und Fortbildung von Accountants... 867

Wirtschaftsrecht

BMWü bündelt Programme zur Gründungs- und Mittelstandsberatung..... 867

Innovative Digitalisierung der Wirtschaft..... 868

Zeigt der Bürokratieabbau Wirkung?..... 868

Steuern

Behandlung von Veräußerungskosten und nachträglichen Kaufpreisänderungen..... 868

BEITRÄGE

Susanne Kolb und Dr. Norbert Roß

Änderungen der Gewinn- und Verlustrechnung durch das BilRUG – Neudefinition der Umsatzerlöse und Eliminierung außerordentlicher Posten..... 869

Dr. Thomas Schmotz und

Prof. Dr. Nils Crasselt

Wie soll über Organvergütungen berichtet werden? – Aktuelle Diskussionspunkte im Lichte historischer Entwicklungen..... 877

Dr. Frank Ellenbürger,

Dr. Frank Pfaffenzeller und

Dr. Bettina Hammers

Umsetzung von Solvency II im Versicherungsaufsichtsgesetz – Paradigmenwechsel mit Auswirkungen auf die Abschlussprüfung..... 886

Dr. David Rapp

Des Prüfers Gretchenfrage: Was ist angemessen? – Investitionstheoretische Anmerkungen zum Entschädigungsproblem gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 KredReorgG 898

Prof. Dr. Werner Gleißner

Ermittlung eines objektivierten Unternehmenswerts von KMU – Anregungen unter besonderer Berücksichtigung von Rating und Insolvenzwahrscheinlichkeit.....908

STEUERN & RECHT

Einkommensteuer

Vermarktungskostenzuschuss als partiarisches Darlehen920

Erbschaftsteuer

Unentgeltliche Übertragung eines Kommanditanteils unter Nießbrauchsvorbehalt..... 923

BIBLIOTHEK

Neue Bücher..... IV

Rezensionen V

Zeitschriftenspiegel..... VI

Impressum VIII

Inhaltsverzeichnis

Die erste Seite

Shariah-konforme Bankgeschäfte in Deutschland

Dr. Thomas R. Klötzel, Rechtsanwalt/Registered Foreign Lawyer, Stuttgart/Singapur

Aufsätze:

Angehörigen- oder Trauerschmerzensgeld – die Würfel fallen

Professor Dr. Thomas Kadner Graziano, LL.M. (Harv.), Genf 549

Wirtschaftssanktionen und Investitionsschutz in Russland und der Ukraine

Professor Dr. Claus Luttermann, Ingolstadt 564

Portugal nach der Troika-Ära: Änderungen im Zivil- und Steuerrecht

Dr. Alexander Rathenau, Rechtsanwalt/Advogado, Lissabon/Porto/Lagos 569

Staatliche Exportkreditgarantien im Spannungsfeld zwischen Außenhandelsfreiheit und internationalen Sanktionsregimen

Dr. Hans Janus, Rechtsanwalt, Hamburg 580

Technische Unterstützung in der Kommunikationsaufklärung

Kay Höft, M.A. (BWL), Rechtsanwalt, Hamburg, und Olaf Kreuzer, Rechtsanwalt, Essen 587

Länderreporte:

Länderreport Mexiko

Moritz Deppe, Rechtsanwalt, Querétaro 594

Internationales Wirtschaftsrecht:

EuGH: EuGVVO – Zuständigkeitskonzentration bei Schadensersatzklage gegen mehrere Kartellanten und Reichweite einer abweichenden Gerichtsstandsvereinbarung (21. 5. 2015 – C-352/13) 598

RIW-Kommentar von Professor Dr. Matthias Weller, Mag. rer. publ., und Jonas Wäschle, LL.M. 603

EuGH: EuGVVO – Ordre-public-Vorbehalt gegen Anerkennung eines EU-ausländischen Urteils (16. 7. 2015 – C-681/13) 605

EuGH: Kartellabsprache – Eignung einer Absprache zur Beeinträchtigung des Wettbewerbs im Binnenmarkt (16. 7. 2015 – C-172/14) 610

EuGH: Massenentlassungsanzeige und davon erfasste Arbeitnehmer – Einbeziehung von GmbH-Fremdgeschäftsführern und von durch die BA geförderten Beschäftigten (9. 7. 2015 – C-229/14) 614

BGH: EuGVVO – Zuständigkeitsbegründung durch rügeloses Einlassen des Beklagten (19. 5. 2015 – XI ZR 27/14) 618

Internationales Steuerrecht und Zollrecht:

EuGH: Vorsteuerabzug der Holdinggesellschaft für Beteiligungskosten an Tochtergesellschaften – Bildung einer Mehrwertsteuergruppe (16. 7. 2015 – C-108/14 und C-109/14) 619

BFH: Gewerbesteuer – Schachtelprivileg und vereinbarte Gewinne aus ausländischer Kapitalgesellschaft (17. 12. 2014 – IR 39/14) 624

BFH: Umsatzsteuerfreiheit einer innergemeinschaftlichen Lieferung (21. 1. 2015 – XI R 5/13) 624

Rubriken:

RIW-Aktuell S. III
RIW-Impressum S. IV

Veranstaltungstipp

RIW Fachkonferenz

Private Enforcement in Kartellsachen – die neue Richtlinie 2014/104/EU und ihre Umsetzung in das deutsche Recht
26.11.2015, Frankfurt am Main
Infos und Anmeldung: <http://veranstaltungen.ruw.de/pe2015>

Buchtipps

Binding/Piñler/Xu (Hrsg.)

Chinesisches Zivil- und Wirtschaftsrecht, 1. Auflage
Für deutsche Leser verständlich aufbereitet!
334 Seiten, € 179,00

ISBN: 978-3-8005-1585-1 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Geschäftsführung: Angela Wisken (Sprecherin), Peter Esser, Markus Gotta, Peter Kley, Holger Knapp, Sönke Reimers

Leitender Redakteur: Dr. Roland Abele

Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Klaus Peter Berger, LL.M., Köln; Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Bremen; Prof. Dr. Rolf Birk, Trier; Prof. Dr. Gerardo Broggin, Mailand; Prof. Dr. Gudula Deipenbrock, Berlin; Prof. Dr. Dres. h. c. Werner F. Ebke, LL.M., Heidelberg; Prof. Dr. Horst Eidenmüller, LL. M., München; Prof. Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Stephan R. Göthel, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Jan von Hein, Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Abbo Junker, München; Prof. Dr. Peter Kindler, München; Christian Klein, Paris; Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M., Wien; Prof. Dr. Herbert Kronke, Heidelberg; Prof. Dr. Ulrich Magnus, Hamburg; Prof. Dr. Peter Mankowski, Hamburg; Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Christoph G. Paulus, Berlin; Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, Heidelberg; Prof. Dr. Otto Sandrock, LL.M., Münster; Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf A. Schütze, Stuttgart; Prof. Dr. Dr. Peter Sester, St. Gallen; Prof. Dr. Kurt Siehr, Hamburg; Prof. Dr. iur. Dipl. oec. Gerald Spindler, Göttingen; Prof. Dr. Rolf Stürmer, Freiburg i. Br.; Klaus Vorpeil, Bad Kreuznach; Prof. Dr. Bernd Waas, Frankfurt a. M.; Jürgen Wagner, LL.M., Konstanz/Zürich/Vaduz; Dr. Stephan Wilske, LL.M., Stuttgart.



36. Jahrgang
Heft 34
21. August 2015

Herausgeber:
RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:
Prof. Dr. Holger Altmeyen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrliche
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a.D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a.D. Dr. h. c. V. Röhricht
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

BGH zur Kommissionärhaftung bei Mistrades	A 65	Nr. 248
BGH zur Beweiserhebung über Willen der Parteien eines KG- Gesellschaftsvertrags	A 65	Nr. 249
BGH zum Gerichtsstand für Ausgleichsanspruch wegen Flugverspätung	A 65	Nr. 250
BGH: Amazon-Gutscheinaktion verstößt gegen Buchpreisbindung.	A 65	Nr. 251
BGH zur Bezeichnung „Buchhaltungsservice“	A 65	Nr. 252
OLG Köln zur Erschleichung eines unrichtigen Schiedsspruchs . . .	A 66	Nr. 253
OLG Oldenburg: Insolvenzanfechtung gegen Netzbetreiber („TelDaFax“)	A 66	Nr. 254
BReg: Projekt „Zielsicher – Mehr Frauen in Führung“	A 66	Nr. 255

Aufsätze

<i>Christoph Thole, Tübingen</i>	Gesellschafterbesicherte Kredite und die Anfechtung nach § 135 Abs. 2 InsO	1609
<i>Richard Nowwertné, Heinsberg</i>	Vertrauensschutz bei der Änderung höchstrichterlicher Rechtsprechung zu Banken-AGB?	1617

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH 16. 6. 2015 – XI ZR 243/13 +	Nichtleistungskondition zwischen Bank und Zahlungsempfänger bei nicht autorisiertem Zahlungsvorgang auch bei Unkenntnis des Empfängers vom Mangel	1622
----------------------------------	--	------

Internet www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

EuGH	25. 6. 2015 – Rs C-671/13	Zur Herausnahme von Einlagenzertifikaten aus dem Einlagensicherungssystem („Indėlių ir investicijų draudimas und Nėmaniūnas) (LS)	1625
------	---------------------------	---	------

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	9. 6. 2015 – II ZR 420/13	Zur gesellschaftlicherlichen Treuepflicht bei „Sanieren oder Ausscheiden“	1626
OLG Hamm	7. 5. 2015 – I-27 W 51/15	Zulässigkeit eines c/o-Zusatzes in der Geschäftsanschrift einer GmbH	1630
OLG Nürnberg	26. 1. 2015 – 12 W 46/15	Zum Nachweis der Vertretungsbefugnis der Directors einer Limited für das Handelsregister	1630
LG München I	22. 5. 2015 – 14 HK O 867/14	Anspruch des Geschäftsführers auf Haftungsfreistellung bei verweigerter Zustimmung der Gesellschafter zum Insolvenzantrag wegen drohender Zahlungsunfähigkeit	1634

Vertrags- und Haftungsrecht

EuGH	4. 6. 2015 – Rs C-497/13	Zur Vermutung der Vertragswidrigkeit eines Verbrauchsguts bereits zum Zeitpunkt der Lieferung („Faber“)	1637
BGH	5. 2. 2015 – VII ZR 315/13	Kein Ausgleichsanspruch des Vertragshändlers bei Pflicht des Herstellers zur Sperrung der ihm überlassenen Kundendaten nach Vertragsbeendigung	1642

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	16. 7. 2015 – IX ZR 127/14	Beginn der Verjährung eines Anspruchs des Insolvenzschuldners gegen den Insolvenzverwalter auf Ersatz eines Gesamtschadens erst mit Abschluss des Verfahrens	1645
BGH	24. 6. 2015 – IV ZR 411/13	Zum eingeschränkt unwiderruflichen Bezugsrecht eines Gesellschafter-Geschäftsführers aus einer Direktversicherung in der Insolvenz des Arbeitgebers	1647
OLG Dresden	22. 7. 2015 – 13 W 623/15	Zur PKH für den Gemeinsamen Vertreter der Schuldverschreibungsgläubiger	1650
OLG Düsseldorf	23. 4. 2015 – I-12 U 39/14	Zur Insolvenzanfechtung einer Grundschuldbestellung bei dinglicher Einigung nach Eintragung im Grundbuch	1650
OLG München	26. 3. 2015 – 24 U 3722/14	Vorsatzanfechtung gegenüber Rechtsanwalt, der auf Weisung des Schuldners Gelder eingezogen und an einzelne Gläubiger weitergeleitet hat	1651

Arbeits- und Sozialrecht

BAG	17. 3. 2015 – 9 AZR 702/13	Zur Klage aufgrund einer Wiedereinstellungszusage vor Insolvenzeröffnung	1653
-----	----------------------------	--	------

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen zwei Beilagen der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, sowie eine Beilage der RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH, Köln, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!

ZIP



36. Jahrgang
Heft 36
4. September 2015

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH zur Dividendenbesteuerung im Konzern	A 69	Nr. 263
BGH zum Ersatz von Kfz-Reparaturkosten	A 69	Nr. 264
BAG: Kein Annahmeverzug bei rückwirkend begründetem Arbeitsverhältnis	A 69	Nr. 265
BFH zu Gewinn aus Xetra-Gold Inhaberschuldverschreibung	A 69	Nr. 266
KG: Keine Parteifähigkeit von Berlin Energie	A 70	Nr. 267
AGH NRW: Keine Werbung auf Anwaltsrobe	A 70	Nr. 268
BMF: RefE zur Umsetzung der Zahlungskonten-RL	A 70	Nr. 269
Ermittlungen gegen Porsche-Aufsichtsrat eingestellt	A 70	Nr. 270

Aufsätze

<i>Jan Lieder, Kiel</i> <i>Philipp Scholz, Jena</i>	Vinkulierte Forderungen und Gesellschaftsanteile in der umwandlungs- rechtlichen Universalsukzession	1705
<i>Rüdiger Theiselmann, Frankfurt/M.</i>	Gesellschaftsrechtliche Aspekte des Abschlusses von Drittanstellungs- verträgen mit Interimsmanagern	1712
<i>Patrick Mückl, Düsseldorf</i> <i>Hannah Krings, Köln</i>	Betriebsvereinbarungen und Insolvenzanfechtung	1714

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH	28. 7. 2015 – XI ZR 434/14 +	Unwirksamkeit einer Entgeltklausel für Buchungen auf Geschäfts- girokonto	1720
-----	------------------------------	--	------

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Such-
funktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

OLG Frankfurt/M.	12. 5. 2015 – 11 U 71/13 (Kart)	Formlose Übernahme eines GmbH-Anteils im Wege der Kapitalerhöhung trotz Verknüpfung mit formbedürftigem Rechtsgeschäft	1725
LG Kiel	30. 4. 2015 – 16 O 42/14	Erlöschen des Pfandrechts an Gesellschaftsanteil bei Kapitalherabsetzung auf Null und anschließender Kapitalerhöhung aus Mitteln der Gesellschafter	1730
VG Düsseldorf	7. 8. 2015 – 20 L 2589/15	Antragsbefugnis des Anlegers gegen Widerruf der Börsenzulassung zum regulierten Markt	1733
OLG München	11. 5. 2015 – 31 Wx 123/15	Zum Beginn der satzungsmäßigen Frist für die Einberufung der Mitgliederversammlung eines Vereins (LS)	1736

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	17. 6. 2015 – VIII ZR 249/14	Widerrufsrecht des Verbrauchers auch bei Fernabsatzvertrag über die Lieferung von Heizöl	1737
-----	------------------------------	--	------

Insolvenz- und Sanierungsrecht

OLG Düsseldorf	30. 3. 2015 – I-3 Wx 56/15	Zum Nachweis der Legitimation eines ausländischen Insolvenzverwalters für Bewilligung einer Auflassungsvormerkung	1739
OLG Zweibrücken	11. 3. 2015 – 1 U 56/14	Zur Verzinsung der Hauptforderung nach insolvenzrechtlicher Unwirksamkeit der Aufrechnung	1740
LAG Düsseldorf	19. 3. 2015 – 13 Sa 1222/14	Zur Absicherung noch nicht fälliger Masseansprüche (hier: aus einem Sozialplan) im Insolvenzplan	1743
AG Niebüll	15. 7. 2015 – 5 IN 7/15	Zur internationalen Zuständigkeit für die Eröffnung eines Nachlassinsolvenzverfahrens	1746
VG Düsseldorf	13. 5. 2015 – 20 K 4304/14	Beitragspflicht zur IHK als Masseverbindlichkeit (LS)	1747

Arbeits- und Sozialrecht

BAG	5. 5. 2015 – 1 AZR 763/13 +	Fortgeltung von Gesamtbetriebsvereinbarungen nach Betriebsübergang	1748
BAG	10. 2. 2015 – 9 AZR 455/13 +	Zur Urlaubsgewährung nach fristloser Kündigung und Freistellungserklärung (LS)	1753

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	23. 7. 2015 – XI ZR 263/14 +	Ermittlung des Beschwerdewerts für die Nichtzulassungsbeschwerde einfacher Streitgenossen durch Addition der Forderungen der Beschwerdeführer	1754
OLG Frankfurt/M.	21. 5. 2015 – 22 U 15/15	Unterbrechung eines Verfahrens wegen schuldrechtlicher Unterlassungsansprüche bei Insolvenz des Beklagten	1755

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt je eine Beilage des VID, Berlin, der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, und der RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH, Köln, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!

ZIP



Inhalt

Editorial

Dr. *Annette Loske*
Ein zukunftsfähiger Emissionshandel braucht eine flexible Industrieobergrenze 193

Aufsätze

Antonia vom Dahl
Beschleunigung der Energiewende durch Betätigung der Kommunen als Netzeigentümer? Energiepolitische, rechtliche und ökonomische Determinanten sowie Alternativen 194

Dr. *Jost Eder* und Dr. *Michael Weise*
Umsetzung des einheitlichen Netznutzungsvertrages Strom – Was kommt auf Netzbetreiber und Netznutzer zu? 201

Dr. *Erik Staebe*
Zur Novelle des deutschen Eisenbahnregulierungsrechts 206

Lothar H. Fiedler und Dr. *Lorenz Wachinger*
Das Recht des straßengebundenen Verkehrs in den Jahren 2014/2015 212

Prof. Dr. *Christian Koenig* und Dr. *Matti Meyer*
Zivilgerichtliche Billigkeitskontrolle nach § 315 BGB neben dem Eisenbahnregulierungsrecht – Unionsrechtlich unverzichtbar zur Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts! 219

Prof. Dr. *Urs Kramer*
Die Entwicklung des Eisenbahnrechts in den Jahren 2014/2015 224

Entscheidungen

BGH, Beschl. v. 14.4.2015 – Az. EnVR 45/13: Missbrauchsverfügung zur Durchsetzung eines dezentralen Messkonzepts mit Anmerkung von Dr. *Markus Böhme* und Dr. *Margret Schellberg* 236

BGH, Urt. v. 14.4.2015 – Az. EnZR 11/14: Auskunftsanspruch der Gemeinde gegenüber dem bisherigen Wegenutzungsberechtigten mit Anmerkung von Prof. Dr. *Knut Werner Lange* und *Christina Möllnitz* 242

BVerwG, Urt. v. 29.4.2015 – Az. 6 C 39.13: fehlende Rechtsnachfolgefähigkeit telekommunikationsrechtlicher Wegerechte 247

BVerwG, Urt. v. 29.4.2015 – Az. 6 C 32.14: Kosten für die Verlegung von Telekommunikationslinien im öffentlichen Interesse 252

FG Köln, Urt. v. 11.3.2015 – Az. 2 K 2529/11: keine Umsatzsteuerfreiheit bei einseitigem Rückgriff auf die Deutsche Post AG 254

Zu guter Letzt ...

Prof. Dr. *Christian Koenig*
... „Vectoring“ im Nahbereich – oder: wie Sachverständige in die Flucht geschlagen werden! 256



Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Iidler, Tübingen

Mohr Siebeck

17 70. Jahrgang
4. September 2015

JZ Juristen Zeitung

Inhalt

Aufsätze

Professor Dr. Dr. h.c. **Joachim Rückert**
Unrecht durch Recht – zum Profil der Rechtsgeschichte
der NS-Zeit **793**

Dr. **Benjamin Lahusen**
Die Normalität des Maßnahmenstaates **805**

Dr. **Peter Lutz Kalmbach**
„Schutz der geistigen Wehrkraft“: NS-Strafrechtsreformen
für den „totalen Krieg“ **814**

Umschau

Kurzbeitrag

Der Entzug des redlich erworbenen Doktorgrades
wegen Unwürdigkeit
Professor Dr. **Joachim von Barga** **819**

Glückwunsch

Robert Alexy 70 Jahre alt
Professor Dr. **Matthias Jestaedt** **823**

Nachrufe

Dieter Medicus †
Professor Dr. **Herbert Roth** **825**

Otto Triffterer †
Professor Dr. **Otto Lagodny** **825**

Literatur

Carl Schmitt: Die Militärzeit 1915 bis 1919. Tagebuch
Februar bis Dezember 1915. Aufsätze und Materialien
Carl Schmitt: Der Schatten Gottes. Introspektionen,
Tagebücher und Briefe 1921 bis 1924
Carl Schmitt: Tagebücher 1930 bis 1934
Professor Dr. Dres. h.c. **Bernd Rüthers** **826**

Johannes Kaspar: Verhältnismäßigkeit und Grundrechts-
schutz im Präventionsstrafrecht
Professor Dr. **Jens Bülte** **828**

Entscheidungen

EuGH, 4. 6. 2015 – C-497/13 Faber ./ Autbedrijf
Hazet Ochten
mit Anmerkung von
Professor Dr. **Raphael Koch**, LL.M. (Cambridge), EMBA
(Augsburg)
Zur Reichweite der Beweislastumkehr des Art. 5 Abs. 3
VerbrGK-RiL **830**

BGH, 8. 10. 2014 – 1 StR 359/13
mit Anmerkung von
Dr. **Anna Helena Albrecht**
Berechnung und Zurechenbarkeit des Vermögensschadens
beim Betrug **837**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung **454***
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte **454***
Gesetzgebung **455***
Entscheidungen in Leitsätzen **455***
Neuerscheinungen **465***
Zeitschriftenübersicht **476***
Sammelwerke **484***
Impressum **486***

ÖJZ aktuell 769

Beiträge

→ Gesetzliche Pensionsbegrenzung und Pensionsverträge 773

Das SonderpensionenbegrenzungsG verpflichtet seit 1. 1. 2015 Personen, die mit bestimmten Dienstgebern Betriebspensionsverträge abgeschlossen haben, zur Leistung von sog „Pensionssicherungsbeiträgen“ an die Schuldner ihrer Betriebspension. Diese Eigentumseingriffe und andere Grundrechtsverletzungen werden durch Verfassungsbestimmungen gegen effiziente Rechtsverfolgung durch Betroffene „abgesichert“.

Von *Hanspeter Hanreich*

→ Untreue bei gesellschaftsrechtswidriger Vermögensverschiebung im Konzern? 780

Zur Konkretisierung des durch § 153 StGB geschützten Rechtsguts

Die *Libro*-Entscheidung des OGH im Jänner 2014 hat die Frage aufgeworfen, ob ein gesellschaftsrechtswidriger Vermögenstransfer innerhalb einer Konzernstruktur auch dann Untreue gem § 153 StGB darstellt, wenn in eine solche Vermögensminderung alle Anteilshaber der betroffenen Kapitalgesellschaft einwilligen. Dabei zeigt sich, dass der Frage, welches Rechtsgut § 153 StGB schützt, sowie einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise besondere Bedeutung – sowohl für das Vorliegen eines Befugnismissbrauchs als auch eines Vermögensnachteils – zukommen.

Von *Vanessa McAllister*

Evidenzblatt

→ Arbeitsrecht 790

OGH 26. 2. 2015, 8 ObA 11/15y

110: Vorrückungstichtag: weiterbestehende Altersdiskriminierung

→ Provisorialverfahren 793

OGH 24. 3. 2015, 8 Ob 18/15b

111: Das untersagte Bauvorhaben

Mit Anmerkung von *Oskar J. Ballon*

→ Schuldrecht 796

OGH 18. 2. 2015, 2 Ob 135/14p

112: Abschlussverweigerung beim Alleinvermittlungsauftrag

→ Zivilverfahren 799

OGH 25. 2. 2015, 9 Ob 86/14b

113: Das Winkelschreiberei-Verfahren

OGH 24. 2. 2015, 10 Ob 58/14y 801

114: Unterlassungsklage gegen Trog-Bepflanzung – kein Schlichtungsversuch

→ Strafprozessrecht 803

OGH 15. 4. 2015, 13 Os 27/15t, 30/15h

115: Missstände im Strafvollzug als Auslieferungshindernis

OGH 7. 5. 2015, 12 Os 4/15b 806

116: Verbotene Medienberichte als NG

EvBl-Leitsätze

→ Bestandrecht 808

OGH 23. 4. 2015, 2 Ob 208/14y

125: Beurteilung der Unverhältnismäßigkeit des Untermietzinses

→ Grundbuchsrecht	808
OGH 24. 3. 2015, 5 Ob 227/14i 126: Wirkliche Übergabe einer Liegenschaft bei einer (gemischten) Schenkung	
→ Insolvenzrecht	809
OGH 18. 3. 2015, 3 Ob 189/14m 127: Nachträgliche Ex-Führung wegen einer im Insolvenzverfahren nicht angemeldeten Forderung	
→ Medienrecht	810
OGH 29. 4. 2015, 15 Os 14/15w, 15/15t 128: Keine Überspannung der Sorgfaltspflichten von Medieninhabern	
→ Provisorialverfahren	810
OGH 10. 6. 2015, 7 Ob 95/15v 129: Keine „Berichtigung“ des Aufenthaltsverbots wegen Übersiedlung der gefährdeten Partei	
→ Schadenersatzrecht	811
OGH 9. 4. 2015, 2 Ob 173/14a 130: Vorschuss auf zukünftige Heilungskosten	
→ Unternehmensrecht	811
OGH 28. 4. 2015, 5 Ob 47/15w 131: Anwachsung und Universalsukzession durch Einbringung aller Mitunternehmeranteile in eine GmbH	
→ Strafprozessrecht	812
OGH 28. 4. 2015, 11 Os 49/15p 132: Jeder Haftbeschluss muss eigenständige Sachverhaltsannahmen zu den entscheidenden Tatsachen enthalten	

Forum

→ Eine Rose ist eine Rose ist keine Rose – der OGH auf dem Weg zu einem gespaltenen Pflanzenbegriff im Nachbarrecht?	812
Besprechung von OGH 24. 2. 2015, 10 Ob 58/14y Von <i>Thomas Klicka</i>	

Sprache und Recht

→ Sprache und Recht	815
Von <i>Philipp Fidler</i>	

Kosten

→ Kostenseitig	816
Von <i>Josef Obermaier</i>	

Standards

→ Impressum	772
→ Buchbesprechungen	814

NJW-Inhalt



Aufsätze

Matthias Dann

2609

Durchsuchung und Beschlagnahme in der Anwaltskanzlei

Wird die eigene Kanzlei durchsucht, ist das mindestens peinlich; im Umgang mit Durchsuchungen bestehen indes große Unsicherheiten. Der Autor gibt Verhaltensempfehlungen für staatliche sowie für unternehmensinterne Ermittlungen. Dabei nimmt er in den Blick, ob der Anwalt als Beschuldigter, Verteidiger oder anwaltlicher Berater involviert ist.

Oskar Riedmeyer/Verena Bouwmann

2614

Unfallregulierung nach den Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinien der Europäischen Union

Ganze fünf Richtlinien zur Kfz-Haftpflicht sind in der „kodifizierten Richtlinie“ zusammengefasst. Die Rechtslage ist unübersichtlich und teils strittig, dem EuGH lag zuletzt eine Flut von Verfahren dazu vor. Die Autoren skizzieren die relevante Judikatur insbesondere zu prozessualen Fragen sowie zu Regulierungseinrichtungen für internationale Verkehrsunfälle.

Zur Rechtsprechung

Johannes Weber

2619

Notarielle Verbraucherverträge – Die Zwei-Wochen-Frist und ihre Ausnahmen

(BGH, NJW 2015, 2646)

Bericht

Birgit Niepmann/Werner Schwamb

2622

Die Entwicklung des Unterhaltsrechts seit Anfang 2015

Peter Gola/Christoph Klug

2628

Die Entwicklung des Datenschutzrechts im ersten Halbjahr 2015

Kanzlei & Mandat

Volker Schmidt

2632

Prozessuale Fragen im Zusammenhang mit der Prüfbarkeit der Schlussrechnung des Werkunternehmers

Buchbesprechungen

Prölls/Martin: Versicherungsvertragsgesetz (Helmut Hoffmann); Stelkens/Bonk/Sachs: Verwaltungsverfahrensgesetz (Wolf-Rüdiger Schenke)

2634

NJW-aktuell

Editorial	3	Forum	14	web.report	28
Honorarvereitelung in SGB II-Sachen (M. Schafhausen)		Biometrische Zugangssicherung und Datenschutz (T. Kugler)		Stellenmarkt	29
Rechtsprechung in Kürze	6	Haftungsseite	16	Beck'sche Zeitschriften	34
Entscheidung der Woche	10	Rettungsanker Fristverlängerung? (S. Kuske)		Buchhinweise	36
Leserforum	10	Dokumentation	18	Veranstaltungshinweise	38
Interview	12	Rubrikenmarkt	25	Kommendes Heft/Impressum	40
Die innovative Rechtsabteilung (H.-P. Anlauf)					

Rechtsprechung

EGMR	17.07.14 – 47848/08	Beschwerdebefugnis einer NGO für Verstorbenen (Anm. <i>J. Meyer-Ladewig/H. Petzold</i>)	2635
BVerfG	09.04.15 – 1 BvR 574/15	Amtsenthebung eines Notars wegen Gebührenverzichts (Anm. <i>P. Terner</i>)	2642
BGH	25.06.15 – III ZR 292/14	Überlegungsfrist vor notarieller Beurkundung trotz freiem Rücktrittsrecht	2646
BGH	17.06.15 – XII ZR 98/13	Schriftform des Mietvertrags bei „Hin und Her“ über Vertragsentwurf	2648
BGH	01.07.15 – VIII ZR 278/13	Außerordentliches Kündigungsrecht des Nacherben	2650
BGH	09.07.15 – III ZR 329/14	Auskunft über Anschrift eines Mitpatienten zur Verfolgung von Ersatzansprüchen	2652
BGH	08.07.15 – XII ZB 56/14	Inanspruchnahme von Grundsicherung – Anspruchsübergang beim Elternunterhalt	2655
BGH	07.05.15 – IX ZB 75/14	Rechtliche Anforderungen an einen Insolvenzplan	2660
BGH	10.07.15 – V ZR 154/14	Anforderungen an „Demnächst-Zustellung“ – Rechtsprechungsänderung	2666
BGH	19.05.15 – XI ZR 27/14	Internationale Zuständigkeit auf Grund rügeloser Einlassung in der Klageerwiderung	2667
OLG Schleswig	13.03.15 – 17 U 98/14	Keine Beschaffenheitsvereinbarung durch Aushändigung des Energieausweises	2668
OLG Celle	22.06.15 – 2 W 150/15	Begrenzte Erstattung der Reisekosten eines auswärtigen Rechtsanwalts	2670
OLG Frankfurt a.M.	30.03.15 – 5 UF 1/14	Aufrechnen mit familienrechtlicher Forderung gegen schuldrechtliche Ausgleichsrente	2672
OLG Hamm	26.11.14 – 20 W 35/14(PKH)	Verjährung des „Stammrechts“ in der Erwerbsunfähigkeitsversicherung (Ls.)	2675
BGH	10.06.15 – 1 StR 399/14	Bestechlichkeit eines EU-ausländischen Amtsträgers – Zwei-Stufen-Prüfung	2675
BGH	17.03.15 – 2 StR 281/14	Voraussetzungen der Abgeordnetenbestechung (Ls.)	2678
OVG Bremen	28.05.15 – 1 LA 64/15	Verlängerung der Frist zur Begründung des Antrags auf Berufungszulassung	2678
OVG Münster	30.04.15 – 6 A 456/15	Wiedereinsetzung in die Frist zur Begründung des Antrags auf Berufungszulassung	2679
OVG Bautzen	22.04.15 – 5 A 516/13	Überwachungspflicht des Rechtsanwalts in Fristsachen	2680
OVG Bautzen	02.03.15 – 5 A 60/12	Gebäudeaufmessung von Amts wegen (Ls.)	2681
BAG	11.02.15 – 7 AZR 17/13	Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nach Renteneintritt (Anm. <i>P. Bruns</i>)	2682
BAG	18.03.15 – 7 AZR 272/13	Tarifvertragliche Regelung zur Verlängerung sachgrundlos befristeter Verträge (Ls.)	2686
BFH	13.01.15 – IX R 13/14	Einnahmen aus Finanztermingeschäften – Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	2687
BFH	12.03.15 – III R 14/14	Fristberechnung bei unrichtiger Rechtsbehelfsbelehrung (Ls.)	2688

Jetzt online: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) Ausgabe 6/2015

Aus dem Inhalt:

- Editorial: Klare Rechtslage, dringender Reformbedarf (*C. Löbbert*)
- Themen der Zeit: Notwendigkeit und Grundzüge eines Staatshaftungsgesetzes (*B. Grzeszick*)
- Terrorismusbekämpfung im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit (*G. Krings*)
- Noch immer keine Untätigkeitsbeschwerde in Kindschaftssachen (*L. M. Peschel-Gutzeit*)
- Das Syndikusanwaltsrecht vor der Neuordnung (*H. Merkt/M. Müller*)
- Zwangsbehandlung kraft Betreuungsrechts? (*G. Duttge/A. Simon*)
- Deutsche Zivilgerichte im internationalen Wettbewerb (*M. v. Pommern-Peglow*)
- Rechtspolitik im Gespräch: Fernsehen im Gerichtssaal? (*G. Friedrichsen/R. Gerhardt*)
- Pro & Contra: Reform des Sexualstrafrechts? (*T. Hörnle/M. Frommel*)

Für NJW-Abonnenten mit NJWDirekt-Registrierung sind die Inhalte der ZRP kostenlos abrufbar unter: www.beck-online.de, Sucheingabe: „ZRP [Jahr], [Seite]“. Eine Anleitung zur Registrierung für NJWDirekt finden Sie unter: www.njw.de, Rubrik „NJWDirekt“.

Juristische Schulung

Zeitschrift für Studium und Referendariat

Herausgeber

Präsident des LG Prof. Dr. Michael Huber
Prof. Dr. Stephan Lorenz, Mitglied des BayVerfGH
Prof. Dr. Thomas Rönnau
Präsident des BVerfG Prof. Dr. Andreas Voßkuhle

Schriftleitung

Rechtsanwalt Dr. David Herbold
Rechtsanwältin Dr. Urte Hüsche

JuS

55. Jahrgang
September 2015 · Heft 9

www.JuS.de

Beirat

Privatdozent Dr. Carsten Bäcker – Wiss. Assistent Dr. Christian Becker – Akad. Rat Dr. Christian Brand – Privatdozent Dr. Eike Michael Frenzel – Akad. Rat Dr. Michael Goldhammer, LL. M. – Privatdozent Dr. Jan Felix Hoffmann – Dr. Elisa Hoven – Privatdozent Dr. Albert Ingold – Akad. Mitarbeiterin Dr. Ann-Katrin Kaufhold – Akad. Rat Dr. Manuel Ladiges, LL. M. – Privatdozent Dr. Sebastian Omlor, LL. M., LL. M. Eur. – Jun.-Prof. Dr. Mehrdad Payandeh, LL. M. – Akad. Rat Dr. Stephan Pötters, LL. M. – Akad. Rat Dr. Chris Thomale, LL. M. – Akad. Rat Dr. Daniel Ulber

Aufsatz	<i>Prof. Dr. Jens Bülte:</i> Blankette und normative Tatbestandsmerkmale: Zur Bedeutung von Verweisungen in Strafgesetzen	769
Studium	<i>Akad. Rat Dr. Marco Staake und Wiss. Mitarbeiter Tobias von Bressendorf:</i> Grundfälle zum deliktischen Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	777
	<i>Prof. Dr. Stephan Lorenz und Wiss. Mitarbeiterin Veronika Eichhorn:</i> Grundwissen – Zivilrecht: Das gesetzliche Erbrecht des überlebenden Ehegatten bzw. Lebenspartners	781
	<i>Wiss. Mitarbeiter Niels Kaltenhäuser:</i> Die Bedeutung der strafrechtlichen Fiktion der Menschwerdung für die Fallbearbeitung	785
	<i>Regierungsrätin Dr. iur. Dr. phil. Patricia Wiater:</i> Effektiver Rechtsschutz im Unionsrecht – Geheimhaltung von Informationen im Antiterrorkampf als Sonderfall	788
	<i>Oberregierungsrat Ralf Ackermann, LL. M. Taxation, und Dipl.-Finanzwirt (FH) Nils Beck:</i> Grundzüge des Internationalen Steuerrechts	793
Referendariat	<i>Richter am AG Dr. Frank O. Fischer:</i> Aktuelles Zivilprozessrecht	797
Fallbearbeitung	<i>Privatdozent Dr. Jakob Nolte und Wiss. Mitarbeiter Jakob Roggon:</i> Anfängerhausarbeit – Öffentliches Recht: Grundrechte – Männlich, weiblich, ohne Angabe	801
	<i>Wiss. Assistent Dr. Tobias Ceffinato und Stud. Hilfskraft Christoph Kalb:</i> Semesterabschlussklausur – Strafrecht: Eigentums- und Vermögensdelikte – Spontane Hilfeleistungen	808
	<i>Prof. Dr. Torsten Schöne und Unternehmensjurist Dr. Tobias Arens:</i> Schwerpunktbereichsklausur – Zivilrecht: Kapitalgesellschaftsrecht – Der verheimlichte Sohn	813
	<i>Prof. Dr. Thomas Finkenauer:</i> (Original-)Referendarexamensklausur – Zivilrecht: Sachenrecht – Die verwechselten Grundstücke	818
	<i>Vors. Richter am LG Dr. Georg Bischoff und Rechtsreferendarin Jasmin Nienhaus:</i> Aktenvortrag – Öffentliches Recht: Antrag nach § 80 V VwGO – Der randalierende Ehemann	826



Zivilrecht

Prof. Dr. Burkhard Boemke, Leipzig
 Prof. Dr. Volker Emmerich, Bayreuth
 Prof. Dr. Florian Faust, LL. M., Hamburg
 Prof. Dr. Gerald Mäsch, Münster
 Prof. Dr. Thomas Riehm, Passau
 Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt, Hamburg
 Prof. Dr. Martin Schwab, Berlin
 Prof. Dr. Marina Wellenhofer, Frankfurt a. M.

Strafrecht

Prof. Dr. Jörg Eisele, Tübingen
 Prof. Dr. Bernd Hecker, Trier
 Prof. Dr. Matthias Jahn, Frankfurt a. M.

Öffentliches Recht

Prof. Dr. Dieter Dörr, Mainz
 Prof. Dr. Friedhelm Hufen, Mainz
 Prof. Dr. Matthias Ruffert, Jena
 Prof. Dr. Michael Sachs, Köln
 Prof. Dr. Peter Selmer, Hamburg
 Prof. Dr. Rudolf Streinz, München
 Prof. Dr. Christian Waldhoff, Berlin

Rechtsprechungsübersicht

Zivilrecht	<i>Prof. Dr. Thomas Riehm</i>	FluggastrechteVO und reisevertragsrechtliche Minderung BGH, Urt. v. 30.9.2014 – X ZR 126/13, NJW 2015, 553	831
	<i>Prof. Dr. Martin Schwab</i>	Vorauszahlungsklauseln und Stornopauschalen in AGB BGH, Urt. v. 9.12.2014 – X ZR 85/12, NJW 2015, 1444	834
	<i>Prof. Dr. Gerald Mäsch</i>	Prepaid-AGB und ausgleichspflichtiges Negativsaldo BGH, Urt. v. 9.10.2014 – III ZR 33/14, NJW 2015, 152	837
	<i>Prof. Dr. Volker Emmerich</i>	Änderung der Rechtsprechung zu den Schönheitsreparaturen BGH, Urt. v. 18.3.2015 – VIII ZR 185/14, NJW 2015, 1594	840
	<i>Prof. Dr. Marina Wellenhofer</i>	Leihmutterchaft BGH, Beschl. v. 10.12.2014 – XII ZB 463/13, NJW 2015, 479	841
	<i>Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt</i>	Rechtskrafterstreckung auf aberkannte Gegenforderungen BGH, Urt. v. 4.12.2014 – VII ZR 4/13, NJW 2015, 955	845
Strafrecht	<i>Prof. Dr. Bernd Hecker</i>	Diebstahl OLG Dresden, Beschl. v. 12.3.2015 – 2 OLG 22 Ss 14/15, NSTz-RR 2015, 211	847
	<i>Prof. Dr. Matthias Jahn</i>	„Bestechende Untreue“ OLG Düsseldorf, Beschl. v. 29.4.2015 – III-1 Ws 429/14, BeckRS 2015, 09347	850
Öffentliches Recht	<i>Prof. Dr. Rudolf Streinz</i>	Korrekte Etikettierung von Lebensmitteln EuGH, Urt. v. 4.6.2015 – C-195/14, EuZW 2015, 562	852
	<i>Prof. Dr. Dieter Dörr</i>	Rundfunkrechtliche Zulassung BVerwG, Urt. v. 17.12.2014 – 6 C 32/13, NVwZ-RR 2015, 339	854
	<i>Prof. Dr. Friedhelm Hufen</i>	Berufsfreiheit, Gleichheitssatz und Wissenschaftsfreiheit BVerfG, Beschl. v. 20.11.2014 – 1 BvR 977/14, NVwZ 2015, 431	855
	<i>Prof. Dr. Michael Sachs</i>	Grundrechteunmittelbarer Auskunftsanspruch der Presse BVerwG, Urt. v. 25.3.2015 – 6 C 12.14, BeckRS 2015, 46537	857
	<i>Prof. Dr. Michael Sachs</i>	Verfassungsrechtliche Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung BVerfG, Beschl. v. 24.2.2015 – 1 BvR 472/14, NJW 2015, 1506	859
<i>Prof. Dr. Christian Waldhoff</i>	Verwaltungsvollstreckung OVG Lüneburg, Beschl. v. 2.2.2015 – 4 LA 249/13, BeckRS 2015, 41686	862	



**magazin für
computer
technik**

5.9.2015 **20**

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z311

**Im Test:
Galaxy S6 edge+**

Umstieg auf Windows 10

Die neuen Funktionen • Upgrade-Praxis • Privatsphäre wahren

**Mini-PCs für viele Bildschirme
Videoschnitt automatisch
VR-Brillen aus Pappe
Prozessor-Neuheiten
Diktier-Apps für Android**

Smartphones, 4K, VR, Smart Home

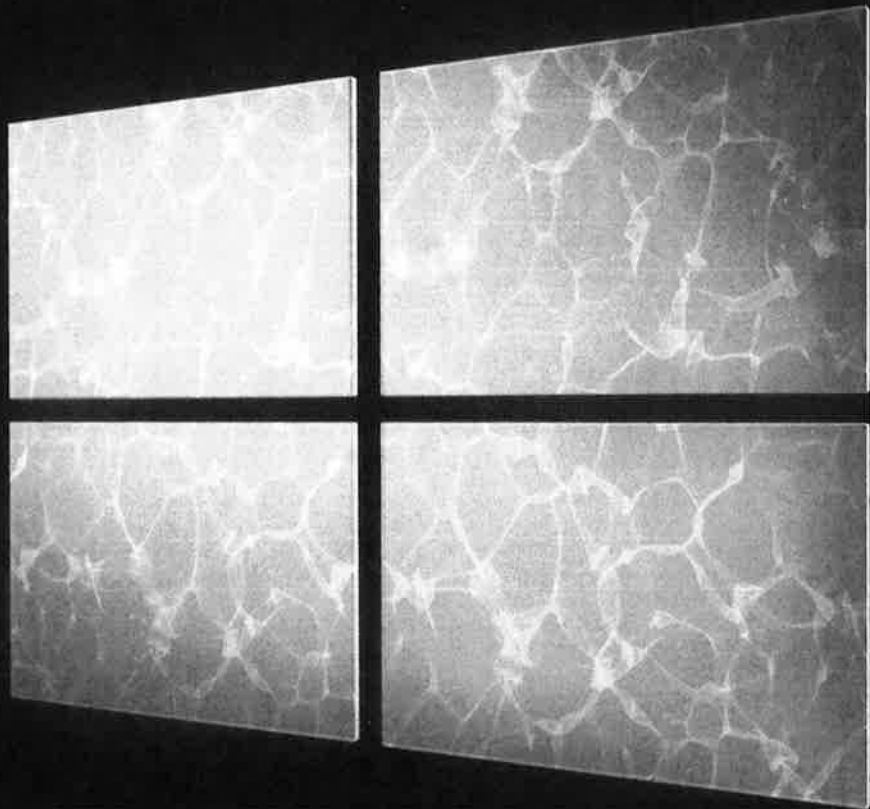
IFA-Highlights

**Auto auf Autopilot
Linux: Ext4-Verschlüsselung
Passwortgenerator mit Qt
Ärgernis IT-Sicherheitsgesetz
Amazons unfairer China-Trick**

Unabhängig von T-Online, Vodafone & Co.

Mail-Adresse fürs Leben

Eigene Mail-Domain • Provider-Auswahl • Umzugs-Tipps



4 199 148 704 5071 20

€ 4,50
AT € 4,70 • CH CHF 6,90
LUX, BEL € 5,30

aktuell

IFA 2015: Unterhaltungselektronik und PC-Technik	16
Fernseher, Fitnesstracker, VR-Brillen, 5K-Monitor	18
Smart-Home-Steuerzentrale, Hue-Dimmer, Türschloss	22
Smartphone-Highlights: 4K-Displays, USB C, Dual-SIM ...	24
Skylake-Notebooks, 8-Zoll-Tablets	26
iPhone-Prototyp mit Brennstoffzelle	30
Audio/Video: YouTube Gaming, MusicCast, HDR-Video	32
Prozessorgeflüster: Die Prozessormacher	34
Hot Chips: 64-Kern-ARMv8, Xeon Phi Knights Landing	36
Intel Developer Forum: Skylake, 3D XPoint, Curie	38
Prozessoren: 49 neue Skylake-CPU's	40
Embedded: Stereo-Kamera, drahtloses Laden	43
Hardware: Radeon R9 Nano, Sysmark für Windows 10	44
Netze: Kabelmodem, WLAN-AP, Router, NAS	46
Server & Storage: Leiser Mini-Server, SSD-Storage	47
Apps: Amazon Underground, Klassiker als E-Book	48
Technische Software: Teilemanagement, PCB-Design	49
Apple: Update für Logic Pro X, Windows 10 in VMs	50
Unternehmens-Anwendungen: Ticket-System, Büroware	51
Spiele: Turok-Remake, Kosmos-Simulation	52
Anwendungen: Bildbearbeitung, Langzeitarchivierung	54
Internet: Sichere Mail, Facebook, Firefox, PayPal	56
Sicherheit: Ashley Madison, BSI, NSA	58
10 Jahre Joomla: Jubiläum des freien CMS	60
Linux: KDE Plasma 5.4, Hawkings Eingabesteuerung	61

Magazin

Kickstarter: Von der Idee zur Smartphone-Tastatur	72
Vorsicht, Kunde: Vodafone verweigert Mail-Freischaltung	86
Amazon: Unfairer China-Trick	88
Auto auf Autopilot: Probefahrt mit dem A7 „Jack“	92
IT-Sicherheitsgesetz heiß umstritten	154
Bücher: Arduino, Eclipse RCP, Social Media	188
Story: Massaker in RobCity von Guido Seifert	194

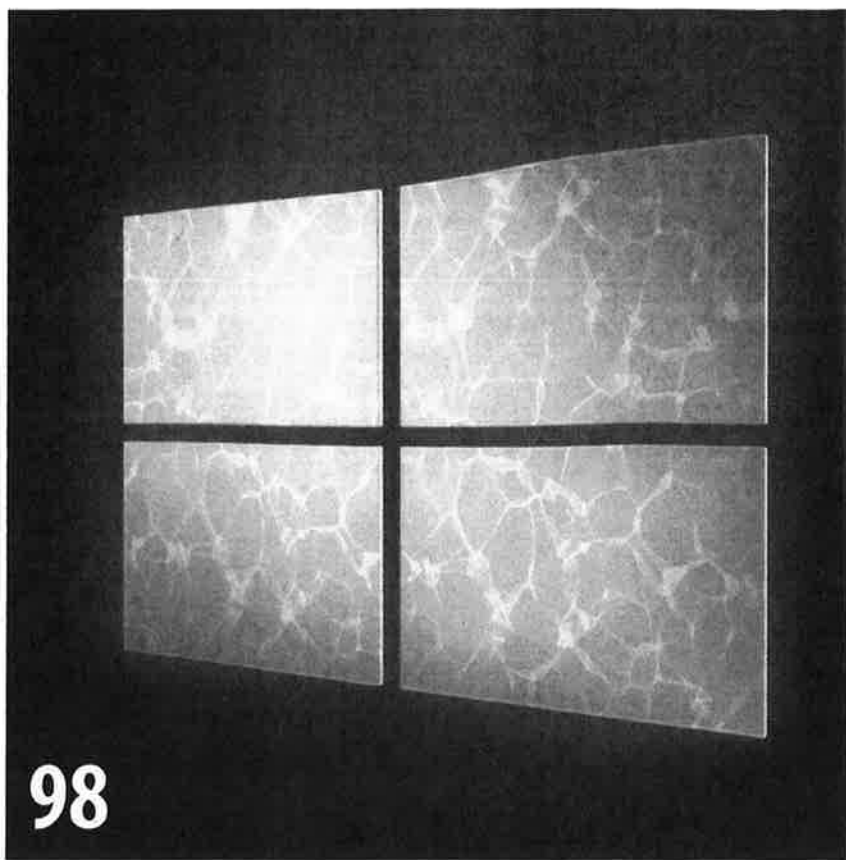
Internet

Mobilfunk: Zwei Netze mit Googles Project Fi	96
Mail-Adresse fürs Leben: Digitale Identität	134
E-Mail-Dienste und Praxis	136
Web-Tipps: Handy-Reparatur, Heimkino, Verschlüsseln	186

Software

Musik-Bibliothek: Symphony Brass Collection	66
Kopfhörer-Plug-in: Sonarworks Reference 3	67
Musik-Plug-in: Fender Rhodes E-Piano	67
Photoshop-Erweiterung: Farbwähler Coolorus	68
Texterkennung: OCRFeeder für Linux	68
Linux-Distribution: Hacker-Werkzeugkasten Kali 2.0	68

clt



Umstieg auf Windows 10

Kostet nichts – außer vielleicht Nerven: Der Umstieg auf Windows 10 ist für viele gratis. Doch auf welche Weise man was genau bekommt, unterscheidet sich von Fall zu Fall. Und dann ist da noch die Sache mit den laxen Einstellungen zur Privatsphäre ...

Erste Erfahrungen	98	Hilfen für Umstiegswillige	108
Upgrade-Methoden und Lizenzen	102	Privacy-Konfigurationstipps	112
Downgrade-Rechte	105		

IFA-Highlights	16
Im Test: Galaxy S6 edge+	28
VR-Brillen aus Pappe	78
Mini-PCs für viele Bildschirme	124
Diktier-Apps für Android	130
Videoschnitt automatisch	144
Ärgernis IT-Sicherheitsgesetz	154
Linux: Ext4-Verschlüsselung	176
Passwortgenerator mit Qt	182

Auto auf Autopilot

Autobahn, Überholspur, 130 km/h. „Finger weg vom Lenkrad, Fuß weg vom Gas“, kommt die klare Ansage vom Beifahrersitz. Das Lenkrad fährt zurück, ich zähle im Geiste die Airbags und füge mich in mein Schicksal. Audis Autobahn-Pilot fährt.





Prozessor-Neuheiten

Fast 50 Prozessoren der Skylake-Generation Core i-6000 für Notebooks und Desktop-PCs kündigt Intel zur IFA an. Die Chips waren auch Thema auf der Entwicklerkonferenz IDF. Auf dem „Hot Chips“-Treffen im Silicon Valley traten aber auch neue Konkurrenten auf.

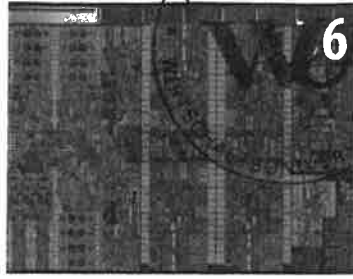


Bild: Intel

Hot Chips: 64-Kern-ARMv8, Xeon Phi Knights Landing	36
Intel Developer Forum: Skylake-Architektur	38
IFA: 49 neue Skylake-CPUs	40

Amazons unfaire China-Trick

Amazon dominiert den deutschen Online-Handel. Was viele nicht wissen: Auf der Plattform verkaufen immer mehr chinesische Händler, die das deutsche Produktsicherheits- und Umweltrecht ignorieren. Die Konkurrenz hat das Nachsehen und die Behörden sind machtlos.



Mail-Adresse fürs Leben

Eine E-Mail-Adresse ist mehr als nur ein Postfach: Sie dient vielerorts als Anmeldename und ist die Rettung, wenn man mal sein Passwort vergessen hat. Man will sie also lebenslang behalten – ohne auf Arbeitgeber oder DSL-Provider angewiesen zu sein.

Kontrolle über die digitale Identität	134
E-Mail-Dienste und Praxis	136
Postfach umziehen	140



Arduino-Debugger in Visual Studio	69
Diktier-Apps für Android	130
Videoschnitt: Einsteigersoftware für Action-Clips	144
Spiele: Until Dawn	190
Everybody's Gone to the Rapture, Lara Croft Go	191
Lost Horizon 2, Shadowrun: Hong Kong	192
In Between, Giana Sisters: Dream Runners	193

Hardware

Smartphone: Samsung Galaxy S6 edge+	28
3D-Drucker mit Stereolithografieverfahren	62
Action-Cam mit integriertem Medienserver	64
Überwachungskamera: Winzling Foscam C1	64
Studio-Kopfhörer: Beyerdynamic DT 1770 Pro	65
Bluetooth-Headset: Turtle Beach Elite 800	65
4K-Fernseher mit DVB-IP und Firefox OS	70
VR-Brillen aus Pappe nach Cardboard-2.0-Vorbild	78
Fensterputz-Roboter: Winbot W930	80
OLED-TVs: Lohnt der Mehrpreis?	82
Smartes Fahrradschloss: I Lock It aus Brandenburg	84
Stift-Tablet: Cintiq Companion 2 mit Windows 8	118
Outdoor-Smartphone mit Windows Embedded 8.1	120
Mini-PCs für drei bis sechs Monitore	124
Streamingbox Wetek Play mit TV-Tuner und OpenELEC	150

Know-how

Linux: Ext4-Verschlüsselung	176
-----------------------------	-----

Praxis

Umstieg auf Windows 10: Erste Erfahrungen	98
Upgrade-Methoden und Lizenzen	102
Downgrade-Rechte	105
Hilfen für Umstiegswillige	108
Privacy-Konfigurationstipps	112
E-Mail in ein neues Postfach umziehen	140
Mediacenter OpenELEC: Live-TV-Empfang mit VDR	152
Hotline: Tipps und Tricks	158
FAQ: Versionsverwaltung mit Git	164
Kinder: Schaltungen simulieren	166
Musik-Produktion: Einstieg in die Drum-Synthese	172
Passwort-Manager für Windows, Linux und OS X	182

Ständige Rubriken

Editorial	3
Leserforum	10
Schlagseite	15
Stellenmarkt	204
Inserentenverzeichnis	208
Impressum	209
Vorschau	210



INHALT

GENERALSEKRETÄR



Kein Kräftemessen zwischen Stadt und Land

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen und gegenwärtiger Herausforderungen bei den Finanzausgleichs-Verhandlungen sollte man ein Konkurrenzdenken zwischen „Stadt und dem Land“ vermeiden. Dies würde einem Denken aus dem 19. Jahrhundert gleichkommen und einem zeitgemäßen politischen, administrativen und volkswirtschaftlichen Verständnis von Stadtentwicklung für das 21. Jahrhundert klar entgegenlaufen. Eine Stadt kann ohne ihr Umland nicht funktionieren und auch im ländlichen Raum manifestiert sich in unserer technologisch fortgeschrittenen Zeit ein neuer Lebensstil, der nichts mehr mit dem Landleben von einst gemein hat. So wie sich die Stadt ständig neu erfinden muss, zeigt sich, dass auch der ländliche Raum ausreichende Flexibilität aufweisen muss, um einen zeitgemäßen, ländlichen Lebensstil und moderne Technologien zuzulassen und für die ländlichen Gegebenheiten zu adaptieren. Die österreichischen Städte und Stadtregionen haben bereits ihren Weg in eine „smarte“ Zukunft angetreten. Sie werden auch weiterhin ihre Potenziale und Kompetenzen progressiv dafür einsetzen, um eine ressourceneffiziente, umweltverträgliche und sozial gerechte Entwicklung für Städte, Stadtregionen und den ländlichen Raum zu sichern.

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

Seite 2

Editorial des Generalsekretärs
des Österreichischen Städtebundes
Generalsekretär Thomas Weninger

Seite 3

Vorwort des Präsidenten
des Österreichischen Städtebundes
Bürgermeister Michael Häupl

Impressum

Seite 4–7

STÄDTEBUND AKTUELL
Diverse Kurzmeldungen aus dem Städtebund

Seite 8–11

KOMMUNALNEWS
Aktuelles aus den Städten

Seite 12–45

Schwerpunkt-Thema: **SPORT**

Sport-Studie: Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in der EU
Seite 12–13

Es lebe der Sport! – Horst Karas, Vors. d. Fachausschusses Sport
Seite 14–15

BMSLV: Strategien für ein fitteres Österreich
Seite 16–17

Fit mit der MA 51, Sportamt der Stadt Wien
Seite 18

„Gemeinsam gesund bewegen“-Tag
Seite 19

BSFF: 100 Prozent für den Sport
Seite 20–21

ÖISS: Sports for all
Seite 22–23

ÖISS: Baukostenkennwerte für Sporthallen
Seite 24

Fachtagung „Sportstätte im Scheinwerferlicht“
Seite 25

Österr. Integrationsfonds: Integration in Bewegung bringen
Seite 26–27

Sportunion: Projekt Integration – Migration
Seite 28–29

Innsbruck 2016: International Children's Games
Seite 30–31

Innsbruck – eine Stadt mit olympischem Flair
Seite 32–33

Schwechater Jugendsport: Schule – Stadtgemeinde – Verein
Seite 34–35

Venuzle – Komm raus spielen
Seite 36–37

Sportstadt Villach – voll im Trend!
Seite 38–39

Kommunales Facility Management
Seite 40–41

KDZ: Sportausgaben; KDZ-Weiterbildung
Seite 42–45

Seite 46–55

MAGAZIN

Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen

Seite 56–57

RECHT

Gemeingebrauch versus Nachbarrechte, von Dr. Clemens Lintschinger

Seite 58

FINANZ

Ertragsanteilsvorschüsse für August 2015

PRÄSIDENT



Moderne Städte bieten leistbaren Wohnraum

Leistbarer Wohnraum ist aufgrund des starken Zuzugs in die Städte ein zentrales Thema der Stadtentwicklung. Seit geraumer Zeit arbeiten Verantwortliche österreichweit bereits auf Hochtouren, um der Wohnraum-Verknappung entgegenzutreten. Erschweringe Wohnungskosten sowie -angebote für alle Generationen sind die Lebensgrundlage für eine funktionierende urbane Gesellschaft. Optimale räumliche und organisatorische Voraussetzungen sowie großzügig und bedarfsgerecht gestaltete gemeinsame Grün- und Freiräume fördern ein gutes Miteinander. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle die Wiener Wohnbauinitiative, die eine besondere Variante des frei finanzierten Wohnbaus ist. Durch günstige Darlehen der Stadt können für MieterInnen ähnlich günstige Konditionen wie beim geförderten Wohnbau angeboten werden. Die Stadt verknüpft die Vergabe der Darlehen sowohl an verpflichtend preisgünstige Eigenmittel und Mietzinsobergrenzen als auch an bauliche Qualitätskriterien. Besonders zu betonen ist auch, dass öffentliche Investitionen in diesem Zusammenhang der sozialen Kohäsion dienen. Öffentliche Darlehen werden aufgenommen, um in die Zukunft zu investieren und nicht (bloß), um in der Gegenwart zu konsumieren. Diese Investitionen dienen zukünftigen Generationen und sichern ein friedliches Zusammenleben.

Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 9/2015 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.ª Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Chef vom Dienst/Redaktion: Mag. Gerald Leimlehner, Grafische Gestaltung: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2015: 10 Ausgaben • Coverfoto: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

Inhaltsverzeichnis

Beppler, Klaus , Prof., Vorsitzender Richter am BAG a. D., Berlin Gewillkürte „kollidierende“ Tarifpluralität und Tarifeinheitsgesetz	194
Brose, Wiebke , Prof. Dr., Essen Entzug, Entwöhnung und Rückfall: Alkoholsucht im Arbeitsverhältnis	198
Gäntgen, Hans Jörg , Dr., Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts, Köln Die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der Arbeitsgerichtsbarkeit	201
Gaul, Björn , Prof. Dr., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Köln Betriebsübergang: Grenzen der Unterrichtungspflicht in Bezug auf Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen	206
Gilberg, Dirk , Dr., Direktor des Arbeitsgerichts, Köln Die Vertrauenskündigung	209
Gotthardt, Michael , Dr., Vors. Richter am Landesarbeitsgericht, Düsseldorf Der Spitzensport, das Arbeitsrecht und Schweden	214
Greiner, Stefan , Prof. Dr., Bonn Erfolgsbezogene Vergütungen im Arbeitsverhältnis	218
Henssler, Martin , Prof. Dr., Köln <i>Caveat legis lator</i> – fünf Kardinalfehler des Gesetzgebers bei der Verabschiedung des Tarifeinheitsgesetzes	222
Kalb, Heinz-Jürgen , Dr., Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts a. D., Köln Tarifpluralität und Arbeitskämpfeinheit im Betrieb	226
Kania, Thomas , Prof. Dr. und Seitz, Stefan , Dr., Köln Die Entdynamisierung von Bezugnahmeklauseln	228
Kliemt, Michael , Prof. Dr., Fachanwalt für Arbeitsrecht, Düsseldorf Altersgrenzen für Vorstandsmitglieder – noch rechtskonform?	232
Moll, Wilhelm , Dr., LL.M. (Berkeley), Rechtsanwalt, Köln Wen oder was schützt das (Urlaubs-)Recht?	239
Peters-Lange, Susanne , Prof. Dr., Hennef § 28 e Abs. 1 Satz 2 SGBIV – Lehrstück für den Gesetzgeber oder: Wie eine Norm sich selbst erledigt	240
Preis, Ulrich , Prof. Dr. Dr. h. c., Köln Flexicurity und Abrufarbeit	244
Rolfs, Christian , Prof. Dr., Köln Die missglückte Wiederbelebung des „missglückten Arbeitsversuchs“	248
Roloff, Sebastian , Dr., Richter am Arbeitsgericht, Köln Der betriebsverfassungsrechtliche Erfüllungsanspruch	252
Sagan, Adam , Dr., MJur (Oxon), Köln Eine deutsche Geschlechterquote für die europäische Aktiengesellschaft	255
Schmidt, Ingrid , Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, Erfurt Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz	260
Schneider, Angie , PD Dr., Köln Schriftform der Befristungsabrede bei tarifvertraglich überlagerten Arbeitsverhältnissen	263
Siegfanz-Strauß, Sandy , Dr., Düsseldorf „Boni“ für Gewerkschaftsmitglieder – Feste Grundsätze statt Einzelfalljudikatur	266
Steffan, Ralf , Dr., Rechtsanwalt, Köln Beschwerderecht und Mitbestimmung	270

Stein, Jürgen vom , Dr., Präsident des Landesarbeitsgericht, Köln Reformimpulse für die Betriebliche Altersversorgung	272
Stoffels, Markus , Prof. Dr., Heidelberg Arbeitsvertraglich verankerte, einseitige Leistungsbestimmungsrechte des Arbeitgebers – wo bleibt das Transparenzgebot?	276
Temming, Felipe , PD, Dr., LL.M. (LSE), Bremen Geschäfte zwischen einer AG und ihr nahe stehenden Parteien – Wer soll diese genehmigen?	280
Tillmanns, Kerstin , Prof. Dr., Hagen Arbeitnehmereigenschaft und Statuswechsel	285
Ulber, Daniel , Dr., Köln Der Weg der Betriebsverfassung im Grundgesetz	288
Vossen, Reinhard , Prof. Dr., Düsseldorf Wahrung der Dreiwochenfrist des § 4 Satz 1 KSchG für Folgekündigungen allein durch bereits anhängige Kündigungsschutzklage?	291
Wank, Rolf , em. Prof., Dr., Bochum Rechtsvergleichung als Kulturvergleichung	294
Wiedemann, Herbert , em. Prof., Dr., Köln Konturen der arbeitsrechtlichen Benachteiligungsverbote	298
Wißmann, Hellmut , Prof. Dr., Präsident des Bundesarbeitsgericht a.D., Erfurt Europäisches Arbeitsrecht – Sockel oder Deckel?	301

**Heft 5 von RECHT DER ARBEIT bringt
die Beiträge des
8. Europarechtlichen Symposium vom 23. und 24. April 2015
am Bundesarbeitsgericht in Erfurt.**

ISSN 0342-1945

Impressum RdA

Schriftleitung: Prof. Dr. Martin Hensler (zugleich verantwortlicher Redakteur), Prof. Dr. Rolf Wank; Postanschrift: Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Tel.: (0221) 470 56 93 und 4 70 22 22, Fax: (0221) 4 70 59 72. E-Mail: redaktion-rda@uni-koeln.de

Buchbesprechungen: Rechtsanwalt Prof. Dr. Achim Schunder, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt am Main; Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt am Main, Tel.: (0 69) 75 60 91-0, Fax: (0 69) 75 60 91-49.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Tel.: (0 89) 3 81 89-0, Fax: (0 89) 3 81 89-398, Postbank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80, Amtsgericht München, HRA 48045.

Bezugspreis 2015: Recht der Arbeit erscheint zweimonatlich. Jahresabo € 225,- (darin € 14,52 MwSt.), *Vorzugspreis* für NZA-Bezieher € 205,- (darin € 13,41 MwSt.), Einzelheft: € 41,- (darin € 2,68 MwSt.). **Jeweils zuzüglich Versandkosten.** Bestellungen können bei jeder **Fachbuchhandlung oder beim Verlag** erfolgen. Die Rechnungsstellung erfolgt zu **Beginn eines Bezugszeitraumes**. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestiteleil und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

KundenServiceCenter: Tel.: (089) 3 81 89-750, Fax: (089) 3 81 89-358, E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen: 6 Wochen vor Jahresende.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderung mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der **Postdienst-Datenschutzverordnung:** Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die **Deutsche Post AG dem Verlag** die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein **Nachsendeantrag** gestellt ist. Hiergegen kann

der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Hefes beim Verlag widersprechen.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der **Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen.** Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Für Zitate wird die Abkürzung RdA = „Recht der Arbeit“ empfohlen (Beispiel: RdA 2000, S. 10).

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

Schriftleitung: Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,
Beethovenstr. 7 b, 60325 Frankfurt a. M.

NZA Editorial

Johannes Heuschmid

Gesetzgebung im EU-Arbeitsrecht in der Sackgasse?

III

NZA aktuell

Wichtige neue Entscheidungen

VI

Informationen

VII

Impressum

XVIII

Aufsätze und Berichte

Frank Bayreuther

Generalunternehmerhaftung nach dem Mindestlohngesetz und dem Arbeitnehmerentsendegesetz

961

Gregor Thüsing / Gisela Hütter

Was ist Arbeit? – Oder: Warum Bereitschaftsdienst keine Arbeitszeit im Sinne des MiLoG ist

970

Christoph Nix

Das Theater und der Mindestlohn – oder prekäre Verhältnisse im Deutschen Theaterwesen

974

Checkliste

Stephan Rittweger / Christian Zieglmeier

Checkliste Mindestlohn

976

Kommentar

Timon Grau / Andreas Schaut

Neue Spielregeln für die Verwendung von Bilddateien von Arbeitnehmern

981

Buchbesprechungen

J.-H. Bauer / M. Diller, Wettbewerbsverbote (*U. Brötzmann*)

985

C. Bubbenzer / J. Noltin / R. Peetz / E. Mallach, Seearbeitsgesetz (*P. Fischinger*)

985

Blick ins Sozialrecht

Oliver Ricken

Beginn der Verjährung von Beitragsrückerstattungsansprüchen

986

Kein Anspruch auf Gründungszuschuss bei hoher Abfindung

986

Versicherungspflicht von Stationsärzten

986

Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

EuGH	16. 07. 2015 – C-222/14	Individuelles Recht auf Elternzeit unabhängig von der Beschäftigung des Partners	987
BAG	19. 05. 2015 – 9 AZR 725/13	Kürzung des Urlaubs wegen Elternzeit – Aufgabe der Surrogatstheorie	989
BAG	13. 05. 2015 – 10 AZR 266/14	Anspruch auf Sonderzahlung durch schlüssiges Verhalten – Betriebliche Übung und Leistungsbestimmung nach billigem Ermessen	992
BAG	19. 02. 2015 – 8 AZR 1007/13	Geldentschädigungsanspruch wegen Observation durch einen Detektiv mit heimlichen Videoaufnahmen	994
BAG	10. 02. 2015 – 9 AZR 455/13	Urlaubsgewährung nach fristloser Kündigung	998
BAG	25. 03. 2015 – 5 AZR 602/13	Umfang der Arbeitszeit bei Klausel „in Vollzeit beschäftigt“ – Überstundenvergütung	1002

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	10. 02. 2015 – 9 AZR 53/14	Urlaubsanspruch bei Wechsel in Teilzeittätigkeit mit weniger Wochenarbeitstagen	1005
BAG	16. 04. 2015 – 6 AZR 142/14	Stufenzuordnung nach Übergang des Arbeitsverhältnisses von der BA auf eine Optionskommune	1008
BAG	15. 10. 2014 – 7 ABR 53/12	Wahlvorstand – Errichtungsvoraussetzungen und Bestellungs Vorschriften	1014

Verfahrensrecht

BAG	16. 06. 2015 – 10 AS 2/15	Nicht bindender Verweisungsbeschluss wegen krasser Rechtsverletzung	1020
BAG	11. 03. 2015 – 10 AZB 101/14	Bindungswirkung der Kostengrundentscheidung – Masse- oder Insolvenzforderung	1021
BAG	29. 01. 2015 – 2 AZR 698/12	Rechtskraftwirkung eines Auflösungsurteils – Kündigungsschutzklage	1022

Orientierungssätze

BAG	10. 02. 2015 – 9 AZR 115/14	Anspruch auf Abschluss eines Altersteilzeitarbeitsvertrags	1023
BAG	16. 04. 2015 – 6 AZR 352/14	Eingruppierung einer Diplom-Sportlehrerin nach den Sächsischen Lehrer Richtlinien	1023
BAG	18. 03. 2015 – 4 AZR 702/12	Eingruppierung eines Gewässerwarts – Tariflücke	1024
BAG	19. 11. 2014 – 4 AZR 76/13	Revision – Eingruppierung als Oberarzt nach dem TV-Ärzte/TdL	1024
BAG	20. 01. 2015 – 9 AZR 585/13	Minderung des Urlaubs bei selbstverschuldetem Ausscheiden des Arbeitnehmers	1024

15. NZA-Jahrestagung am 9./10. Oktober 2015 in Frankfurt a. M.

www.nza.de



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA

Marlene Schulz/Birgit Vogt-Majarek: Die Berechnung des Urlaubsanspruchs bei Änderung des Beschäftigungsausmaßes anhand praktischer Beispiele

3

Weder § 2 Abs 1 UrlG noch eine andere gesetzliche Bestimmung enthält eine Regelung dazu, was bei Umstellung des Beschäftigungsausmaßes von Voll- auf Teilzeit bzw umgekehrt mit dem gesetzlichen Urlaubsanspruch geschieht bzw wie dieser in den Umstellungsfällen zu berechnen ist. Der Beitrag geht zunächst auf die in den letzten Jahren zum Thema ergangenen – einander teilweise widersprechenden – gerichtlichen Entscheidungen ein, behandelt anschließend die Rechtslage anhand praktischer Beispiele und erläutert, wie der Urlaubsanspruch korrekterweise nach der Judikatur von OGH und EuGH zu berechnen ist.

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

Glaubhaftmachung des (überwiegend) ausschlaggebenden Kündigungsmotivs	7
Unverzüglichkeitsgrundsatz im Kündigungsanfechtungsverfahren	9
Betriebsbedingte Kündigung einer Projektleiterin	9
Betriebsbedingte Kündigung bei fehlender Nachbesetzung	10
Keine Sozialwidrigkeit bei Einkommenseinbuße von 10 % und hohen Fixkosten	11

» KINDERBETREUUNGSGELD

Kinderbetreuungsgeld: Keine Rückforderung nach rückwirkender Gesetzesänderung	12
Verspäteter Nachweis einer Mutter-Kind-Pass-Untersuchung: Kürzung des Kinderbetreuungsgeldes	13

» LOHNSTEUER UND ABGABEN

BFG: Berechnung der steuerlichen Zuzugsbegünstigung	15
Arbeitskräfteüberlassung aus Polen – Berechnung der Abzugsteuer	16

NEUE VORSCHRIFTEN

» SOZIALVERSICHERUNG

Maßnahmen zur Bekämpfung des Sozialbetrugs – BGBl	17
---	----

AUS DEN BEHÖRDEN

» GEBIETSKRANKENKASSEN

Voraussichtliche SV-Werte 2016	19
--------------------------------	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

11

Goldammer's Archiv für Strafrecht (GA)

Heft 8, 162. Jahrgang, 2015, Seiten 425–488

Inhalt

Heinz Schöch zum 75. Geburtstag
Von Jürgen Wolter, Mannheim 425

Abhandlungen

Strafrecht und Klimaschutz
Möglichkeiten und Grenzen eines Beitrags des Strafrechts zum Klimaschutz nach Maßgabe internationaler Klimaübereinkünfte
Von Professor Dr. Dres. h.c. Wolfgang Frisch, Freiburg i. Br. 427

Nachtatverhalten und Strafzumessung
Von Professor Dr. Bernd-Dieter Meier, Hannover 443

Plädoyer für die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe
Von Professorin Dr. Katrin Höffler, Göttingen/Professor Dr. Johannes Kaspar, Augsburg 453

Besprechungsaufsatz

Zu Verhältnismäßigkeit und Grundrechtsschutz im Präventionsstrafrecht
Von Professor Dr. Dr. h.c. Heike Jung, Saarbrücken 463

Schrifttum

Franz Streng, **Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität im Wandel**. Kriminalitäts- und berufsbezogene Einstellungen junger Juristen, 2014
(Professor em. Dr. Arthur Kreuzer, Gießen) 471

Georgios Giannoulis, **Studien zur Strafzumessung**. Ein Beitrag zur Dogmatik, Rechts-
theorie und Rechtsinformatik mit Vertiefung in den Eigentums- und Vermögensdelikten, 2014
(Professor Dr. Dr. h.c. Franz Streng, Erlangen) 473

Beatrice Brunhöber (Hrsg.), **Strafrecht im Präventionsstaat**, 2014
(Professor Dr. Dr. Thomas Vormbaum, Hagen) 479

Julian Zado, **Privatisierung der Justiz**. Zur Bedeutung und verfassungsrechtlichen Zuläs-
sigkeit von Privatisierungen in Rechtsprechung, Strafvollzug, Zwangsvollstreckung und
Handelsregister, 2013
(Professor Dr. Christoph Gusy, Bielefeld) 481

Martin Brandenstein, **Auswirkungen von Hafterfahrungen auf Selbstbild und Identität
rechtsextremer jugendlicher Gewalttäter**, 2012
(Professor Dr. Klaus Laubenthal, Würzburg) 483

Nicole Bögelein/André Ernst/Frank Neubacher, **Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen**.
Evaluierung justizieller Haftvermeidungsprojekte in Nordrhein-Westfalen, 2014
(Professor Dr. Johannes Kaspar, Augsburg) 485



INHALT

EDITORIAL

- 393 Verfahrenshilfe vor den Verwaltungsgerichten

NEWS-RADAR

- 397 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Praxis
Gunther Gruber

AUFSÄTZE

- 403 Zum Prüfungsumfang im verwaltungsgerichtlichen Verfahren
Matthias Deibl
- 414 Die Judikatur der Landesverwaltungsgerichte zum Wasserrechtsgesetz
Franz Kramer
- 419 Führerscheinenzug im Ausland – aktuelle Rechtsfragen zur Berechnung der Entziehungsdauer
Christian Piska

JUDIKATUR (ZVG-Slg 88–114)

VERFAHRENSRECHT

Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichte

- 423 Zuständigkeit des BVwG zur Entscheidung in Rechtssachen der öffentlichen Universitäten
VfGH 4.3.2015, E 923/2014
- 424 Zuständigkeit der VwG zur Entscheidung über die Zulassung einer auf die Durchführung einer Volksbefragung gerichteten Bürgerinitiative
LVwG OÖ 29.5.2015, LVwG-950033/8/Fl/KHU
- 426 Behandlung von Beschwerdemängeln
VwGH 17.2.2015, Ro 2014/01/0036
- 428 Keine Befangenheit der Mitglieder des erkennenden Senats des LVwG OÖ
LVwG OÖ 16.2.2015, LVwG-550408/7/KLe/AK
- 429 Eine Klaglosstellung ist auch vor den VwG möglich
LVwG Tirol 20.11.2014, LVwG-2014/45/2378-5
- 431 Aussetzungsbeschluss ist kein verfahrensleitender Beschluss
VwGH 24.3.2015, Ro 2014/05/0089
- 433 Sachentscheidung des VwG auch bei erstmaliger Ermittlung des Sachverhaltes
VwGH 26.3.2015, Ro 2015/22/0011
- 435 E-Mail-Revision am letzten Tag der Revisionsfrist außerhalb der Amtsstunden verspätet; keine Wiedereinsetzung
VwGH 26.2.2015, Ra 2014/22/0092
- 437 Gänzlicher Ausschluss der Gewährung von Verfahrenshilfe in Verwaltungsgerichtsverfahren über zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen ist verfassungswidrig
VfGH 25.6.2015, G 7/2015 (Anmerkung von Claudia Hanslik-Schneider)

Verfahrensrecht der Verwaltungsbehörden

- 440 Heilung von Zustellmängeln bei Zustellungen im Ausland
VwGH 20.1.2015, Ro 2014/09/0059
- 443 Der Verstoß gegen die in internationalen Übereinkommen normierte Übersetzungspflicht stellt einen unheilbaren Zustellmangel dar
LVwG Stmk 3.2.2015, LVwG 33.15-123, 124, 125/2015

Verfahrensrecht der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

- 444 E-Mail-Anträge an den VwGH sind wirkungslos
VwGH 17.3.2015, Ra 2014/01/0180 (Anmerkung von Leopold Bumberger)
- 445 Einbringungsstelle von Verfahrenshilfeanträgen bei mehreren Spruchpunkten mit unterschiedlichem Revisionsausspruch
VwG Wien 20.5.2015, VGW-171/082/4755/2015
- 448 Vertretung von Gemeindeinteressen vor dem VwGH
VwGH 22.4.2015, Ro 2015/16/0001
- 450 Zustellung eines BVwG-Erkenntnisses mittels Fax; Unzulässigkeit eines Fristsetzungsantrages bei Erlassung der VwG-Entscheidung am Tag der Einbringung
VwGH 17.12.2014, Fr 2014/18/0033

MATERIENRECHT**Umweltrecht**

- 452 Rechtsschutz gegen Säumnis der Verwaltungsbehörde im wasserrechtlichen Entschädigungsverfahren
VfGH 11.3.2015, E 1193/2014
- 453 Ein Abbruchbescheid unterliegt dem Recht des Nachbarn auf Umweltinformation – Ausfolgung des Bescheids an den Nachbarn
LVwG OÖ 22.4.2015, LVwG-550396/3/VG/WFu

Verkehrswesen

- 455 Überlassen eines Kraftfahrzeuges an Person ohne Lenkberechtigung durch den Zulassungsbesitzer – Bestrafung nach dem KFG, nicht nach dem FSG
LVwG VlbG 29.5.2015, LVwG-1-205/R5-2015, LVwG-1-206/R5-2015
- 456 Kein Führerscheinentzug bei wiederholtem Verstoß gegen Sehbehelfauflage, wenn Fehlsichtigkeit durch Laseroperation geheilt war
LVwG VlbG 24.4.2015, LVwG-411-043/R13-2015
- 457 Auf Taxistandplätzen aufgestellte Taxifahrzeuge müssen stets fahrbereit gehalten werden
LVwG Stmk 12.3.2015, LVwG 30.30-4361/2014

Fremden- und Migrationswesen

- 459 Aberkennung des Status des Asylberechtigten aufgrund des Vorliegens des Asylausschlussgrundes des besonders schweren Verbrechens
BVwG 26.5.2015, G307 1300085-2 (Anmerkung von Philipp Karesch)
- 462 Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Schubhaftbeschwerde
VfGH 12.3.2015, G 151/2014 ua
- 464 Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung für Studierende: freie Wahlfächer sind für den Studienerfolg nicht unbeschränkt anrechenbar
LVwG Stmk 28.1.2015, LVwG 26.16-4145/2014

Bauwesen und Naturschutz

- 467 Zustimmung des Eigentümers (Miteigentümers) zu einem Bauvorhaben kann auch in der Beschwerde widerrufen werden
VwG Wien 24.2.2015, VGW-111/026/30127/2014

Arbeits- und Sozialversicherungsrecht

- 469 Sicherheitsleistung nach AVRAG – Bezahlung des Werklohnes während des Verfahrens
LVwG VlbG 12.3.2015, LVwG-1-685/R3-2014
- 470 § 7 Abs 3 Z 2 AIVG findet auf Arbeitssuchende mit kroatischer Staatsangehörigkeit keine Anwendung
BVwG 24.4.2015, I402 2106304-1

Sonstige Materien

- 473 Antrag auf Schulbeihilfe – zuständige Behörde – Verspätungskürzung
BVwG 17.9.2014, W224 2011295-1

TIPPS & INFOS

- 476 Bücherliste
477 Impressum
478 Redaktion
479 Autoren, Beirat

zeitschrift für hochschulrecht hochschulmanagement und hochschulpolitik:zfhr

WU
D3-2130
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS



zeitschrift für hochschulrecht
hochschulmanagement
und hochschulpolitik: zfhr

Herausgeber und Schriftleitung:

M. Novak
B. Perthold-Stoitzner
E. Schulev-Steindl

Heft 4
August 2015
14. Jahrgang

Aufsätze

Prof. Dr. Dr. h.c. Andrea Schenker-Wicki,
Stefano Nigsch

10 Jahre UG: Rückblick und Erfolge 107

Em. o.Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler

Universitätsentwicklung: Erkenntnisse und Herausforderungen 116

Rechtsprechung

Leitsätze 123

Buchbesprechungen 131

Impressum 133

Abhandlungen

Bauplanungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit Asylbewerberunterkünften	Dr. Alfred Scheidler, Tirschenreuth	S. 337
Subventionsrechtliche Betätigungsverbote für Handwerker auf dem Prüfstand des Verfassungsrechts	Prof. Dr. Martin Burgi, München	S. 343
Anforderungen an behördliche Verbraucherschlichtungsstellen – Anmerkungen zum Regierungsentwurf eines Gesetzes über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz) –	PD Dr. Thomas Holzner, Bayreuth	S. 350
Das Deutsche Lebensmittelbuch und seine Funktion	Dr. Matthias Wiemers, Berlin	S. 353

Buchbesprechungen

Maslaton, Martin (Hrsg.), Windenergieanlagen. Ein Rechtshandbuch	Dr. Matthias Wiemers, Berlin	S. 376
--	------------------------------	--------

Rechtsprechung und Erlasse

Verfassungsrecht, Europarecht, allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, allgemeines Gewerberecht

Hess. BedarfsgewerbeVO, Normenkontrolle, Arbeit an Sonn- u. Feiertagen, VO-Ermächtigung, Feiertagsruhe, Ausnahme, Videotheken, öffentl. Bibliotheken, Brauereien, Getränkeindustrie, Eisfabriken, Großhandel, Buchmachergewerbe, Callcenter, Lotto- u. Totogesellschaften	BVerwG	26.11.14	6 CN 1.13	S. 356
Erbwaffen, Blockierpflicht, Verschärfung waffenrechtlicher Umgangsanforderungen, Vertrauensschutz, Altfälle	BVerwG	16.03.15	6 C 31.14	S. 360

Gewerbeordnung und sonstiges Gewerberecht

Insolvenzverfahrenseröffnung, IHK-Beitragspflicht, Masseverbindlichkeit (mit Anmerkung von Dr. Frank Rieger, Duisburg) (Noch nicht bestandskräftige) Gewerbeuntersagung, Insolvenzverfahren	VG Düsseldorf	13.05.15	20 K 4304/14	S. 361
Spielhallenbetrieb, Untersagung, Kapitalgesellschaft, Umwandlung, Personengesellschaft, Erlöschen der Spielhallenerlaubnis, vorläufiger Rechtsschutz	BVerwG	15.04.15	8 C 6.14	S. 366
	OVG Lüneburg	12.05.15	7 ME 1/15	S. 368

Handwerk, Berufsbildung

Altgesellenregelung, Ausübungsberechtigung, leitende Stellung, (illegaler) Ein-Mann-Betrieb; Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung, Wertungswiderspruch	BVerwG	13.05.15	8 C 12.14	S. 371
--	--------	----------	-----------	--------

Leitsätze

Abrufmöglichkeit der bearbeiteten Entscheidungen unter <http://www.gewerbe-archiv.de/leser-service/anmeldung-login/>

Anlageberater, Aufklärungspflichtverletzung	KG Berlin	30.04.15	8 U 183/13	S. 374
Sportwettenvermittlungsuntersagung, Schadensersatzansprüche, unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch, Amtshaftungsanspruch, legislatives Unrecht, Weisung der übergeordneten Körperschaft	BGH	16.04.15	III ZR 333/13	S. 374
Spielhallenbetreiber, Mehrfachkonzession, Übergangsregelung, Hamburger Spielhallengesetz, vorläufiger Rechtsschutz	OVG Hamburg	19.05.15	4 Bs 14/15	S. 374
Lebensmitteletikettierung, Irreführung, Fruchtetee	EuGH	04.06.15	C-195/14 (Teekanne)	S. 374
„Rinder Hackfleisch zum Braten“, „Qualitätsmetzgerei“, Lebensmittelprobe, Gegenprobe, Kennzeichnung, Fettgehalt, Nährwert, Schwankungsbreite, Irreführung, Markenname, Benachrichtigungsschreiben, Zugang	OVG Magdeburg	09.12.14	3 L 5/12	S. 375
Telekommunikationsrechtliches Entgeltgenehmigungsverfahren, Vergleichsmarktbetrachtung, Drittanfechtung einer Entgeltgenehmigung, Wettbewerber, Kosten der effizienten Leistungs-				

Fortsetzung Inhalt 4. Umschlagseite

In diesem Heft

Schwerpunkt Steuerreform: Mitarbeiterrabatte nach dem Steuerreformgesetz 2015/2016 (<i>Prinz</i>)	1081
Neue Postanschrift des Verwaltungsgerichtshofes	1087
Schwerpunkt Steuerreform: Die Anwendung von Befehls- und Zwangsgewalt im Glücksspielrecht (<i>Lehner</i>)	1088
Aktuelle Kurzinformationen	1096
Keine Nachversteuerung begünstigt besteuertes, nicht entnommener Gewinne bei Ansatz des Grund und Bodens mit dem Teilwert (<i>Hirschler, Sulz, Oberkleiner</i>)	1097
Steuertermine im September	1100
VwGH kappt Drittelbegünstigung für Barauszahlungen des Pensionskassenguthabens von Grenzgänger-Pensionisten (<i>Geiger</i>)	1101
Aktuelles auf einen Blick: Umsatzsteuer-Update (<i>M. Mayr</i>)	1109
Ist § 30a FinStrG eine Verwaltungsvereinfachung oder ein Schuss, der nach hinten losgehen kann? (<i>Rombold</i>)	1116
Widerruf einer bedingten Strafnachsicht und Abgabenhinterziehung	1119
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	1120

- USt: künstlerische Leistung
- USt: Rechnung

- Werbungskosten: Umschulungsmaßnahmen
- Investitionszulage

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Dipl.-Kfm. Eduard Müller
Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51

E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

Tel. Verlag: +43 1 24 630 Serie, **Fax:** DW 23

Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24



INHALT

STEUER & SERVICE

- 122 Steuerprüfung: quo vadis? (Teil 15 von 15)
(Markus Scheibblauer)
- 140 Pauschale Reiseaufwandsentschädigungen bei Sportvereinen (PRAE): Eingrenzung auf Wettkampfsport?
(Peter Pülzl)
- 142 Auswirkungen des Eintritts in die Liquidation von Gruppenträger und Gruppenmitgliedern auf den Bestand der Unternehmensgruppe (BMF-Info)
BMF-010203/0188-VI/6/2015 vom 3.7.2015 (Hubert W. Fuchs)

BUNDESFINANZGERICHT

- 144 BFG-KOMPAKT – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Entscheidungen
(Klaus Hilber)
- 146 Aliquotierung von GSVG-Beiträgen bei Überschreiten der Höchstbeitragsgrundlage
BFG 13.1.2015, RV/1100148/2013 (Klaus Hilber)
- 148 Säumniszuschlag – grobes Verschulden bei Rückzahlung einer irrtümlich verbuchten Gutschrift
BFG 24.6.2015, RV/7100898/2015 (Klaus Hilber)
- 151 Gesellschaftsteuerliche Beurteilung der Nichtverzinsung „unbarer Entnahmen“
BFG 23.6.2015, RV/7101292/2010 (Hubert W. Fuchs)
- 154 Stellen Kosten des elektronisch überwachten Hausarrests Werbungskosten dar?
BFG 18.5.2015, RV/7104463/2014 (Hubert W. Fuchs)
- 156 Verzicht auf Option zum Erwerb eines Geschäftsanteiles
BFG 29.4.2015, RV/4100091/2012 (Hubert W. Fuchs)

SERVICE-TEIL

- 158 Buchbesprechungen
- 161 Herausgeber
- 161 Autoren

Titelthema

**Selbst-
verwaltung**



**Die Selbstkontrolleure:
Widerspruchsausschüsse der Kassen**

Wer mit einer Entscheidung der Sozialversicherung nicht einverstanden ist, kann Widerspruch dagegen einlegen. Über 300.000 Widersprüche gehen jedes Jahr bei den Kranken- und Pflegekassen ein. Was wird daraus? Die Entscheidungen über strittige Widersprüche werden in den Widerspruchsausschüssen getroffen. Das sind Gremien der sozialen Selbstverwaltung. Sie können nicht nur Ermessensspielräume nutzen, sondern auch Fehler der Verwaltung aufdecken und korrigieren. Wie diese wichtigen Ausschüsse ihre Arbeit verbessern können, wird hier beleuchtet.

- 305 GÜNTER GÜNER/ANGELIKA BEIER
Das Widerspruchsverfahren
in der Kranken- und Pflegeversicherung
Wie erfolgreich sind Widersprüche gegen Kassenbescheide?
- 310 GÜNTER GÜNER/ANGELIKA BEIER
Bessere Arbeit im Widerspruchsausschuss
Anregungen für eine gute Praxis
in der Kranken- und Pflegeversicherung
- 316 UDO KRUSE/SILKE KRUSE
Widerspruchsverfahren bei den Kranken- und Pflegekassen:
Handlungsmöglichkeiten und -grenzen der Selbstverwaltung

- Position** 300 WOLFGANG WODARG
Initiative mit Lücken: **Gesetzentwurf zur Bekämpfung
von Korruption im Gesundheitswesen**

- Magazin** 301 Mehr Geld für Trennungskinder – neue Düsseldorfer Tabelle
- 302 **Personalia**
- 303 **Aus der Gesetzgebung**
- 304 **Termine**
- 304 Flüchtlinge: Gutscheine statt »Taschengeld«?

- Selbst-
verwaltung** 322 DIETER LEOPOLD
Auftakt zu den Sozialwahlen 2017:
Rita Pawelski und Klaus Wiese
werden neue Bundeswahlbeauftragte

- Alters-
sicherung** 323 EVA M. WELSKOP-DEFFAA
Teufelskreis Altersarmut:
Warum das Rentenniveau angehoben werden muss

- Arbeit
Soziales** 328 WILHELM ADAMY
Arbeitslosigkeit benachteiligter Menschen bekämpfen:
Qualifizierungsoffensive im Hartz-IV-System notwendig

- Recht
Gesundheit** 333 ULRICH WENNER
Komplizierte gesetzliche Neuregelung:
Anspruch auf Einholung einer ärztlichen Zweitmeinung

- 338 **Impressum**

Soziale Sicherheit Online

Das Plus für Abonnenten:

- Alle Beiträge online
- Leistungsfähige Volltextsuche
- Zeitsparende Kurzfassungen
- Nützliche Arbeitshilfen
- Links auf externe Quellen

Zugangsdaten anfordern auf:
www.SozialeSicherheit.de/
Registrierung

Mehr als 70 % der Arbeitslosen werden mittlerweile vom Hartz-IV-System betreut. Obwohl sie im Schnitt schlechter qualifiziert sind, haben sie deutlich schlechtere Förderchancen als (Kurzzeit-)Arbeitslose, die von der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden. Eine bessere Aus- und Weiterbildung für Hartz-IV-Empfänger wäre ein zentraler Schlüssel, um die Arbeitslosigkeit vieler benachteiligter hilfebedürftiger Menschen zu beenden.

Grundsicherung

Jobcenter muss Mietunterschiede berücksichtigen

BSG, Urteil vom 16.06.2015 – B 4 AS 44/14 R

Das Mietniveau einer Umlandgemeinde kann dem der benachbarten Großstadt entsprechen oder höher sein. Das Jobcenter darf für die Prüfung, welche Miete angemessen ist, nicht nur auf Durchschnittswerte zurückgreifen.

Jobcenter übernehmen nach § 22 Abs. 1 SGB II die »angemessenen« Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung. Dazu müssen sie mit Hilfe der Kommunen ein »schlüssiges Konzept« zur Ermittlung der Mieten im Segment einfacher Wohnungen erstellen, anhand dessen sich beurteilen lässt, welche Kaltmiete pro m² in einer bestimmten Gemeinde noch angemessen ist. Liegt ein solches »schlüssiges Konzept« nicht vor oder genügt das angewandte Bewertungsschema den Anforderungen des BSG an ein solches Konzept nicht, muss auf die Tabellenwerte des § 12 Wohngeldgesetz (WoGG) zurückgegriffen werden. (Zum »schlüssigen Konzept« s. SozSich 7/2015, S. 287 ff.)

Ermittlung der angemessenen Miete

Diese Werte geben vergrößert an, welche Miethöhe bei wirtschaftlich schlechter gestellten Haushalten durch die Zahlung von Wohngeld maximal ausgeglichen werden kann. Die Werte des § 12 differieren auf der Grundlage der Wohngeldverordnung (WoGV) nach Mietstufen, in denen typisierend abgebildet wird, ob sich eine Wohnung in einem teuren oder einem eher günstigen Wohngebiet befindet.

Kleine Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern werden hinsichtlich ihres Mietniveaus vom statistischen Bundesamt nicht gesondert erfasst, sondern pauschal der nächstgrößeren Gebietskörperschaft – meist dem Landkreis – zugeordnet. Das kann zu Verwerfungen führen, wie sich dem Urteil des BSG entnehmen lässt.

Jobcenter sah Miete im Umland als zu hoch an

Die Klägerin hatte mit ihrem Mann, der noch studierte, ursprünglich in Freiburg gewohnt. Nachdem die Familie im Jahr 2009 das zweite Kind erwartete und die Freiburger Wohnung zu klein wurde, fand sich nur in einer kleinen Gemeinde im Umland von Freiburg (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald) eine passende, aus der Sicht der Klägerin bezahlbare Wohnung. Das beklagte Jobcenter beurteilte die Angemessenheit anders: eine Miete von 910 € (einschließlich pauschaler Nebenkosten von 210 €) sei zu hoch, nach der für die betroffene Gemeinde geltenden Mietstufe sei – unter Berücksichtigung eines Sicherheitsaufschlags von 10 % auf die Werte des § 12 WoGG – die Grenze bei einer Kaltmiete von 612 € zu ziehen. Dem haben sich – mit unterschiedlicher Begründung – das SG Freiburg und das LSG Baden-Württemberg angeschlossen. Die Richter des BSG sehen die Rechtslage jedoch anders und halten die von der Klägerin zu zahlende Kaltmiete für angemessen.

Maßgeblich ist die Anbindung an die Stadt. Entscheidend ist dabei für die Bundesrichter, dass die Tabellenwerte für den gesamten, eher ländlich geprägten Kreis Breisgau-Hochschwarzwald für eine kleine Gemeinde im unmittelbaren Umfeld von Freiburg nicht passen. Freiburg hat wegen seiner Attraktivität ein besonders hohes Mietniveau, und das strahlt zwangsläufig auch auf das unmittelbar an die Stadt angrenzende Umland aus. Eine Wohnung, die

Inhalt

- 1 Grundsicherung
BSG: Jobcenter muss Mietunterschiede berücksichtigen
- 2 Grundsicherung
BSG: Jobcenter muss Nebenkosten nicht nachträglich übernehmen
- 3 Arbeitslosengeld
BSG: Gehaltsverzicht im Tarifvertrag rächt sich beim ALG
- 4 Rentenversicherung
BSG: Wann allein die Krankenkasse Reha-Leistungen zahlt
- 5 Krankenversicherung
BSG: Kassen dürfen nur anerkannte Hilfsmittel bezahlen
- 6 Rentenversicherung
BSG: Versicherungspflicht einer Sprachtherapeutin
- 7 Unfallversicherung
BSG: Parallele Leistung von Verletztengeld und Verletztenrente möglich
- 8 Unfallversicherung
BSG: Spesen als Teil des Jahresarbeitsverdienstes
- 8 Verletztenrente
SG Dortmund: Einseitige Kniegelenk-arthrose kann Berufskrankheit sein
- 9 Grundsicherung
LSG Rheinland-Pfalz: Betreuung nicht ohne Qualifikation
- 11 Arbeitsförderung
SG Gießen: Gründungszuschuss ist Ermessenssache
- 12 Grundsicherung
LSG Baden-Württemberg: Keine Sozialhilfe für in Italien lebende Familie
- 6 Impressum



European Law Review

Issue 4 August 2015

Table of Contents

Editorial

Gauweiler: What Next? 473

Classics of the First 40 Years

The European Court's Acte Clair Strategy in *C.I.L.F.I.T.*
Hjalte Rasmussen 475

Articles

Judicial Review after *KME*: An Even Stronger Case for the Reform That Will Never Be
Renato Nazzini 490

The European Citizens' Initiative in Practice: Legal Admissibility Concerns
Anastasia Karatzia 509

Data Protection Confronts Freedom of Expression on the "New Media" Internet: The Stance
of European Regulatory Authorities
David Erdos 531

The Interpretation of Article 6 ECHR and Access to Justice for Public Employees
Lisa Rodgers 563

Analysis and Reflections

Courage and Compromise: The Directive on Antitrust Damages Actions
Niamh Dunne 581

Of Terrorists and Combatants: The Application of EU Anti-terrorist Measures to Situations
of Armed Conflict in the General Court's Ruling Concerning the Liberation Tigers of Tamil
Eelam
Luca Pantaleo 598

Judicial Activism, the Biotech Directive and Its Institutional Implications: Is the Court Acting
as a Legislator or a Court when Defining the "Human Embryo"?
Andrea Faeh 613

Book Reviews 628

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 25/2015



Inhalt

Aufsätze

- H. M. Anzinger*, Qualitätssteigerung der Berichterstattung über die Unternehmensführung durch Abweichungsbericht und effizientes Monitoring 969
- U. Nartowska/F. Walla*, Die WpHG-Bußgeldleitlinien der BaFin – Anmerkungen und Fortentwicklungsbedarf aus Sicht der Praxis 977
- E. Dubovitskaya*, Sind Vorstandsmitglieder einer AG wirklich Treuhänder? 983

Bericht

- A. Commandeur/A. Römer*, Aktuelle Entwicklungen im Insolvenzrecht – Neufassung der Europäischen Insolvenzordnung 988

Zur Rechtsprechung

- C. Dunkmann*, Anwendung von § 7 VII 1 ErbStG beim Erwerb und einer späteren Veräußerung eines Geschäftsanteils zum Nennwert („Managermodell“) 991

Literatur

- H. Gummert/L. Weipert*, Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts (*Red.*) 993
- U. Prinz/N. Winkeljohann*, Beck'sches Handbuch der GmbH (*Red.*) 993
- Standardvertragsmuster zum Handels- und Gesellschaftsrecht = Standard Forms and Agreements in Company and Commercial Law (*Red.*) 994
- P. Bassenge ua, Palandt*, Bürgerliches Gesetzbuch (*Red.*) 994
- Karsten Schmidt*, Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch, Band 7: §§ 407-619 Transportrecht (*Red.*) 994
- W. Hölters*, Handbuch Unternehmenskauf (*Red.*) 994

Rechtsprechung

Personengesellschaftsrecht

- BGH 9. 6.15 – II ZR 420/13 Zustimmungspflicht des Gesellschafters zu seinem Ausscheiden aus gesellschaftlicher Treuepflicht – Fortführung der BGH-Rechtsprechung zu „Sanieren oder Ausscheiden“ 995

Kapitalgesellschaftsrecht

- BGH 23. 6.15 – II ZR 366/13 Einzug sicherungsabgetretener Forderungen auf debitorischem Konto keine vom GmbH-Geschäftsführer veranlasste masseschmälernde Zahlung 998
- BGH 19. 5.15 – II ZR 291/14 Haftung des vor Fälligkeit der Einlageschuld eines Mitgesellschafters ausgeschiedenen Gesellschafters 1002

EuGH 16. 7.15 – C-108/14,
C-109/14
BFH 6. 5.15 – II R 8/14

Vorsteuerabzug einer Führungsholding – deutsche Organschaftsvoraussetzungen nicht unionsrechtskonform
Gründe: Weibsteuer beim Erwerb eines erbbaurechtsbelasteten Grundstücks (Ls.)

1004

1008

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:

VERLAG C.H.BECK.

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.; Telefon: (0 69) 75 60 91-0; Telefax: (0 69) 75 60 91-49; E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2015: Jährlich € 385,- (darin € 25,19 MwSt.). **Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW** € 359,- (darin € 23,49 MwSt.). **Einzelheft:** € 14,- (darin € 0,92 MwSt.). **Versandkosten jeweils zuzüglich.** Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahresteile und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Adressenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Wiss. Mitarbeiterin Dr. Annemarie Grimm, Mainz
 Bericht über den Bankrechtstag am 26. Juni 2015 in Frankfurt a. M. 1497
- Christian Müller, Reinfrid Fischer, Rechtsanwälte, Berlin, und Jan Hendrik Müller, Mainz
 Rechtsschutz bei der Erteilung und Entziehung von Erlaubnissen für Kreditinstitute
 – Eine erste Betrachtung der unions- und mitgliedstaatlichen Rechtsschutzmöglichkeiten – 1505

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- EuGH 11.9.2014 Rs. C-382/12* Kartellrechtswidrige Wettbewerbsbeschränkung durch die Einführung von multilateralen Standard-Interbankentgelten (MIF) - hier: Mastercard 1510
- Bundesgerichtshof 9.7.2015 VII ZR 5/15* Verpflichtung des Auftraggebers nach § 17 Nr. 8 Abs. 2 VOB/B (2002), eine als Sicherheit für Mängelansprüche erhaltene Bürgschaft nach Ablauf der zweijährigen Sicherungszeit zurückzugeben, wenn diese Mängelansprüche verjährt sind 1523

Gesellschaftsrecht

- Bundesgerichtshof 19.5.2015 II ZR 291/14* Keine Haftung des Gesellschafters, der vor Fälligkeit der Einlageschuld auf den Geschäftsanteil eines Mitgesellschafters aus der Gesellschaft ausgeschieden ist, für dessen Einlageschuld 1525
- OLG Düsseldorf 23.2.2015 I-26 W 14/14 [AktE]* Zum Auskunftsrecht des Aktionärs 1527

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- Bundesgerichtshof 9.7.2015 IX ZR 207/13 Zur Frage, wann die Zahlung eines Schuldners auf ein debitorisch geführtes Girokonto seines Gläubigers als unentgeltliche Leistung gegenüber der Bank anfechtbar ist 1531
- Bundesgerichtshof 6.7.2015 AnwZ (Brfg) 24/14* Geltung des Verbots, ohne die Einwilligung des Rechtsanwalts eines anderen Beteiligten mit diesem unmittelbar Verbindung aufzunehmen, auch für den zum Insolvenzverwalter bestellten Rechtsanwalt 1532

Sonstiges

Bundesverfassungsgericht	23.6.2015	1 BvL 13, 14/11	Ersatzbemessungsgrundlage im Grunderwerbsteuerrecht verfassungswidrig	1535
Bundesverfassungsgericht	25.6.2015	1 BvR 2553/11	Zur Verfassungsmäßigkeit des Widerrufs telekommunikationsrechtlicher Lizenz- und Frequenzzuteilungen	1540
Bundesgerichtshof	7.5.2015	I ZR 171/10	Zur Anwendung des § 565 Satz 2 ZPO, wonach die Revision ohne Einwilligung des Revisionsbeklagten nur bis zum Beginn der mündlichen Verhandlung des Revisionsbeklagten zur Hauptsache zurückgenommen werden kann, in einem bei Inkrafttreten dieser Vorschrift bereits anhängigen Verfahren	1542

Berichtigung

Bundesgerichtshof	16.4.2015	IX ZB 41/14	Zur Berücksichtigung von dem Unterhaltsberechtigten gewährten Naturalunterhalt bei der Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens des Schuldners	1544
-------------------	-----------	-------------	---	------

Bücherschau

Pierre A. Karrer	Introduction to International Arbitration Practice	1544
	Rezensent: Rechtsanwalt Klaus Vorpeil, Bad Kreuznach	

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;

Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 92,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,08) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.), Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2015 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV





Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Univ.-Prof. Dr. Matthias Casper, Münster, und Rechtsanwältin Caroline Möllers, Hamm
Zulässigkeit von Bearbeitungsentgelten bei gewerblichen Darlehensverträgen 1689
- Christian Kropf, München
Anwendbarkeit des Fernabsatzrechts auf von Verbrauchern bestellte Kreditsicherheiten nach dem 13.6.2014? 1699

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- | | | | | |
|---------------------|-----------|----------------|--|------|
| Bundesgerichtshof | 28.7.2015 | XI ZR 434/14* | Zur Unwirksamkeit einer unterschiedslos auf sämtliche Buchungen bezogenen Bestimmung in dem Preis- und Leistungsverzeichnis einer Bank für die Führung eines Geschäftsgirokontos, wonach der „Preis pro Posten 0,32 EUR“ beträgt | 1704 |
| OLG Frankfurt a. M. | 29.5.2015 | 10 U 35/13* | Zur Wirksamkeit eines gesonderten Entgelts für die Durchführung von Zahlungsdiensten bei Nutzung von smsTan | 1709 |
| OLG Karlsruhe | 12.5.2015 | 17 U 59/14* | Zur Frage der Zuordnung der Leistung bei Zahlung kraft Anweisung nach Widerruf einer Darlehensvertragserklärung | 1712 |
| LG Frankfurt a. M. | 3.6.2015 | 2-19 O 285/14* | Zur Wirksamkeit von Bearbeitungsentgelten in AGB für Darlehensverträge (zur Finanzierung des Erwerbs und von Um- und Ausbaumaßnahmen eines Immobilienprojekts) | 1714 |
| LG Heilbronn | 21.5.2015 | Bi 6 O 50/15* | Zur Frage der Übertragbarkeit der Bearbeitungsentscheidungen des BGH auf die Darlehensgebühr bei Bausparverträgen | 1715 |

Sonstiges

- | | | | | |
|-------------------|-----------|--------------|--|------|
| Bundesgerichtshof | 22.1.2015 | I ZR 127/13 | Zur Anwendbarkeit des § 213 BGB auf den Anspruch auf Abtretung von Schadensersatzansprüchen des Hauptfrachtführers gegen den Unterfrachtführer, wenn ein Anspruch auf Schadensersatz gegen den Hauptfrachtführer geltend gemacht worden ist; zur Rechtzeitigkeit einer Anschlussberufung, wenn die Partei nicht ordnungsgemäß nach § 524 Abs. 3 Satz 2, § 521 Abs. 2 Satz 2, § 277 Abs. 2 ZPO belehrt worden ist | 1719 |
| Bundesgerichtshof | 25.2.2015 | IV ZR 214/14 | Zur Festlegung der den Versicherungsfall kennzeichnenden Pflichtverletzung in der Rechtsschutzversicherung, wenn der Dritte den vom Versicherungsnehmer erhobenen Anspruch allein wegen der Aufrechnung mit einem deliktischen Schadensersatzanspruch verweigert | 1723 |

Bundesgerichtshof	4.3.2015	IV ZR 128/14	Anhänger als „gezogenes Fahrzeug“ im Sinne von A.2.3.2 AKB	1725
Bundesgerichtshof	27.5.2015	IV ZR 292/13	Zur Anwendung der §§ 137 Abs. 1, 138 VVG auf das Entfallen der Einstandspflicht des Transportversicherers, wenn verschiedene Ursachen in Betracht kommen, die zum Teil nicht unter die genannten Bestimmungen fallen; zur versicherungsrechtlichen Behandlung eines schwimmfähigen Schiffsrumpfes eines nicht vollständig ausgerüsteten und noch nicht mit eigenem Antrieb ausgestatteten Schiffsbauwerks, den das versicherte Schiff seitlich gekoppelt mit sich führt	1726

Dokumentation

Deutsche Rechtspolitik aktuell

1. Veröffentlichung des Regierungsentwurfs eines „Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts“; 2. Veröffentlichung des „Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags“; 3. Veröffentlichung des Referentenentwurfs eines „Gesetzes zur Einführung einer Berufszulassungsregelung für gewerbliche Immobilienmakler und Verwalter von Wohneigentum“

1731

wm-seminare.de



9. Corporate Banking Tag der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

u.a. Hypothesen für das Corporate Banking; Corporate Banking Germany: Positionierung in einem schwierigen Marktumfeld; Kundenverständnis als genetischer Code der Genossenschaftlichen FinanzGruppe; Erfahrungen mit Net Promoter Score bei der Messung von Kundenzufriedenheit im Firmenkundengeschäft; „Anpassung ist nicht genug – das Geschäft mit Unternehmen neu denken“; Landesbanken – vom Krisenverlierer zum Krisengewinner?

5. November 2015 – Steigenberger Metropolitan Hotel, Frankfurt am Main Informationen: Tel. +49 69 2732 205

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
 Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;
 Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
 Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 92,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,08) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2015 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV





Zeitschrift für Bankrecht
und Bankwirtschaft

Journal of Banking Law
and Banking (JBB)

ZBB

27. Jahrgang
Heft 4 / 15. August 2015

Aufsätze

<i>Alexander Frank, München</i>	Die Level-3-Verlautbarungen der ESMA – ein sicherer Hafen für den Rechtsanwender?	213
<i>Jörn Basel, Zürich/ Daniel Bürgi, Zürich/ Michael Pohl, Berlin</i>	Herausforderung Kleinanlegerschutz – eine explorative Untersuchung zu Verständnis und Akzeptanz in der Schweiz	220
<i>Alex Janzen, Düsseldorf</i>	AIF-Verwahrstellen nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)	230

Rechtsprechung

Entscheidungen in Leitsätzen	242
------------------------------------	-----

ZBB-Report

<i>Klaus Lackhoff, Frankfurt/M./ Julia Baldus, München</i>	Das Großkreditregime der CRR und die Änderungsvorschläge des Baseler Ausschusses	245
--	--	-----

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin, bei.
Wir bitten um freundliche Beachtung!



WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7212

VersR

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

VersR 2015, 1053–1100

25

Aufsätze

Armbrüster, Prof. Dr. Christian, und Schreier, Vincent
Abgrenzung von Änderung und Neuabschluss (Novation) eines
Versicherungsvertrags 1053

Schwintowski, Prof. Dr. Hans-Peter
Internetplattformen im Spannungsfeld zwischen Versicherungs-
vermittlung- und Lauterkeitsrecht 1062

Langheid, Dr. Theo
Missbrauchskontrolle von Leistungsbeschreibungen nur
bei Intransparenz 1071

Rattay, Pierre
Die verhüllte Obliegenheit – das Ende der akzeptierten Verhüllung 1075

Werner, Dr. Rüdiger
D&O-Versicherung und Schiedsverfahren 1084

Fricke, Dr. Hans-Joachim
Abschied von der Erfüllungshaftung des Versicherers? 1090

Kleinere Beiträge

Nußstein, Karl
Befunderhebungs- oder Diagnosefehler?
– Zugleich Anmerkung zu dem Beschluss des OLG Koblenz
vom 27. 1. 2014 (5 U 1383/13) VersR 2015, 988 – 1094

Tagungsberichte

Verkehrstelematik und Versicherung:
Technik – Datenschutz – Versicherungsprodukte
(Kompetenzzentrum Versicherungswissenschaften Hannover 2. 6. 2015) 1096

Literaturhinweise 1098

Versicherungsrecht





Herausgegeben von Joachim Bornkamm und
Ansgar Ohly
in Gemeinschaft mit Joseph Drexl und Reto Hilty

9/2015

Seiten 825–928
117. Jahrgang – September 2015

INHALT

- AUFSÄTZE**
- 825** THOMAS HOEREN
50 Jahre Urheberrechtsgesetz – der Blick zurück in die Gesetzgebungsgeschichte
- 831** ARTUR AXEL WANDTKE
50 Jahre Urheberrechtsgesetz – eine unendliche Geschichte des Arbeitnehmerurheberrechts
- 839** JOHN CHUDZIAK
Das Verhältnis zwischen zukünftigem Einheitspatent und nationalem Patent mit überschneidendem Schutzzumfang und gleichem Zeitrang
- 845** HENNING HARTWIG
Musterdichte und Mustervielfalt im Geschmacksmusterrecht
- 852** MARKUS VON FUCHS/ILJA CZERNIK
Die Kennzeichnungsfähigkeit von (offenen) Investmentfonds

- ZUR RECHTSPRECHUNG**
- 855** ANDREAS HEINEMANN
Standardessenzielle Patente in Normenorganisationen. Kartellrechtliche Vorgaben für die Einlösung von Lizenzierungsversprechen

- REPORT**
- 860** HENRIKE WEIDEN
Aktuelle Berichte – September 2015

- MITTEILUNGEN**
- 861** Stellungnahme der GRUR zur Verfassungsbeschwerde der P-GmbH ua in Sachen „Metall auf Metall“ (1 BvR 1585/13)

- BUCHBESPRECHUNGEN**
- 865** CHRISTIAN ALEXANDER/JOACHIM BORNKAMM/BENEDIKT BUCHNER/JÖRG FRITZSCHE/TOBIAS LETTL (Hrsg.): Festschrift für Helmut Köhler zum 70. Geburtstag (*Hasselblatt*)
- 867** OLAF SOSNITZA: Deutsches und Europäisches Markenrecht (Lehrbuch für Studium und Praxis), 2. Aufl. (*Bingener*)

RECHTSPRECHUNG

- PATENTRECHT**
- 868** BGH 9.6.15 – X ZR 101/13
Auslegung des Patentanspruchs vor Prüfung unzulässiger Erweiterung – **Polymerschäum II**
- 875** BGH 12.5.15 – X ZR 43/13
Ermittlung des Sinngehalts vor Prüfung unzulässiger Erweiterung – **Rotorelemente**

- SORTENSCHUTZRECHT**
- 878** EuGH 25.6.15 – C-242/14
Zahlungsfrist für angemessene Entschädigung bei Nachbau – **STV/Gerhard und Jürgen Vogel ua**

- URHEBERRECHT **880** OLG Köln 19.12.14 – 6 U 51/14
Keine Urheberrechtsverletzung durch „Anhängen“ an bestehende Amazon-Angebote – **Softairmunition**
- 885** LG Köln 20.2.15 – 14 S 30/14
EuGH-Vorlage zur Frage der öffentlichen Wiedergabe – **Rehabilitationszentrum**
- DESIGNRECHT **890** OLG Frankfurt a. M. 26.6.14 – 6 U 17/13
Beschränkung des Schutzbereichs durch hohe qualitative Musterdichte – **Möbelgriff**
- MARKENRECHT **894** EuGH 16.7.15 – C-580/13
Kein uneingeschränkter Vorrang des Bankgeheimnisses vor Schutz des geistigen Eigentums – **Coty Germany/Stadtparkasse [Davidoff Hot Water] (m. Anm. Dietrich Kamlah, S. 896)**
- 897** EuGH 16.7.15 – C-379/14
Widerspruch des Markeninhabers gegen Verfahren der Steueraussetzung bei Einfuhr in den EWR ohne seine Zustimmung – **TOP Logistics ua/Bacardi**
- 899** BPatG 13.4.15 – 27 W (pat) 521/13
Unterscheidungskraft einer alleinstehenden Buchstabenfolge – **ECR-Award II**
- 900** BPatG 27.1.15 – 27 W (pat) 5/14
Kein Freihaltebedürfnis für bekannte Ortsangabe aus Kinderbuch – **Lönneberga**
- 902** BPatG 3.3.15 – 27 W (pat) 42/14
Bösgläubige Markenmeldung durch neu gegründete Gesellschaft – **Bayern Event**
- 903** OLG Frankfurt a. M. 12.5.15 – 6 W 43/15
Anbieten markenverletzender Produkte auf in Deutschland stattfindender Fachmesse – **Tuppex**
- WETTBEWERBSRECHT **906** BGH 5.2.15 – I ZR 136/13
Keine eingeschränkte Pressehaftung für wettbewerbswidrige Werbeanzeigen Dritter – **TIP der Woche**
- 909** BGH 22.1.15 – I ZR 107/13
UWG-Nachahmungsschutz nach Erlöschen des Patentrechtsschutzes – **Exzenterzähne (m. Anm. Heinrich Nemecek, S. 914)**
- 915** OLG Frankfurt a. M. 11.6.15 – 6 U 73/14
Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz einer Damen-Handtasche – **Falttasche (Ls.)**
- ARZNEIMITTELRECHT **916** BGH 8.1.15 – I ZR 123/13
Wettbewerbsverstoß gegen Verschreibungspflicht von Medikamenten – **Abgabe ohne Rezept**
- VERTRAGSRECHT **919** OLG Frankfurt a. M. 9.4.15 – 6 U 110/14
Unzulässige Klauseln in Rechtsschutzversicherungsvertrag – **Zwangsmediation**
- PERSÖNLICHKEITSRECHT **922** BAG 11.12.14 – 8 AZR 1010/13
Unterlassung weiterer Veröffentlichung von Videoaufnahme eines Arbeitnehmers – **Einwilligung des Arbeitnehmers (m. Anm. Stefan Kolb, S. 925)**
- VERFAHRENSRECHT **927** BGH 7.7.15 – X ZB 4/14
Keine Beteiligung Dritter an patentamtlichem Wiedereinsetzungsverfahren – **Verdickerpolymer II**

V Aus dem Inhalt der GRUR-Familie 9/2015

VI GRUR-Aktuell

XV Leitsatzübersicht

XVIII Impressum

INHALT

EDITORIAL

- 233 Download – Urheberrechtsnovelle 2015 und das deutsche Vorbild

KURZNACHRICHTEN UND -BEITRÄGE

- 236 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen zum Informationsrecht
Peter Burgstaller

AUFSÄTZE

- 238 Der Tod im Internet
Thomas Höhne
- 246 Frühschoppen oder Matinee – „Kultur“-Begriff des ORF-G
Michael R. Kogler
- 253 Social Media Marketing und UWG
Martina Grama und Andreas Seling
- 262 Der Freispruch gemäß § 29 Abs 3 MedienG
Michael Rami
- 266 Datenschutzrechtliche Fragen zu Mobilitätsdaten
Michael M. Pachinger

JUDIKATURSPIEGEL

- 273 Sammlung ausgewählter informationsrechtlicher Entscheidungen österreichischer, deutscher und europäischer Spruchkörper (ZIIR-Slg 2015/62–101)

JUDIKATUR

E-COMMERCE RECHT geleitet von Andreas Wiebe und Clemens Thiele

- 280 Vorlagefrage des OGH Amazon vs VKI
OGH 09.04.2015, 2 Ob 204/14k – *VKI gg. Amazon* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 288 Gerichtsstandsvereinbarung in Internet-AGB
EuGH 21.05.2015, C-322/14 – *El Majdoub J. CarsOnTheWeb* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 293 Haftung des Domaininhabers
OGH 19.11.2014, 6 Ob 74/14x – *genderwahn.com* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 296 Ungarische Verbraucherschutzbehörde – Kundendienstauskunft
EuGH 16.04.2015, C-388/13 – *UPC Ungarn* (Anmerkung von Clemens Thiele)

LAUTERKEITS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT geleitet von Eveline Artmann

- 307 Google-Adwords Markenbeschwerde
BGH 12.03.2015, I ZR 188/13 – „Uhrenankauf im Internet“ (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 314 Lauterkeits- und Immaterialgüterrecht
OGH 24.03.2015, 4 Ob 29/15s – *Ausgezeichnete Blutzuckermessgeräte/CALLA* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 319 Gleichstellung von Access- und Host-Provider hinsichtlich der erforderlichen Abmahnung nach § 81 Abs 1a UrhG
OGH 19.05.2015, 4 Ob 22/15m
- 321 Weiterverwendung wesentlicher Teile des Inhalts einer Datenbank über Fußballergebnisse
OGH 24.03.2015, 4 Ob 206/14v – „*ligaportal.at*“
- 325 Privatkopievergütung auch für „Musik-Handys“
OGH 22.04.2015, 4 Ob 226/14k – „Vergütung für Trägermaterial IV/Musik-Handys“



PERSÖNLICHKEITS- UND MEDIENRECHT geleitet von Thomas Höhne

- 330 Wer kann über höchstpersönliche Rechte verfügen
OLG Wien 13. 05. 2015, 18 Bs 63/15v – Fenstersturz eines Kindes (Anmerkung von Thomas Höhne)
- 336 Anonymitätsinteresse eines Polizeibeamten
OGH 16.12.2014, 4 Ob 224/14s – Polizeieinsatz im TV (Anmerkung von Thomas Höhne)
- 337 Bericht über Familientragödie – Bloßstellung
OGH 25.03.2015, 15 Os 28/15d – Mord an Mutter (Anmerkung von Thomas Höhne)
- 340 Zur Aktualisierungspflicht für Onlinearchive
OGH 17.02.2015, 4 Ob 187/14z (Anmerkung von Markus Dörfler)
- 344 Herausgabepflicht des Ghostwriters gegen über seinem „Autor“
BGH Urteil vom 10. 07. 2015, V ZR 206/14 (Anmerkung von Thomas Höhne)

EuGH VORLAGEFRAGEN

SERVICE-TEIL

- 353 Rezension
- 353 Impressum
- 354 Eine Auswahl aktueller Literatur
- 355 Herausgeber / Herausgeberredaktion / Beirat
- 356 Autoren

Zitierbeispiele:

Heft 1/2013 – Heft 2/2015:

Burgstaller, ZIR 2015, 25; ZIR-Slg 2015/61, 143

Heft 3/2015 ff:

Burgstaller, ZIIR 2015, 305; ZIIR-Slg 2015/62, 325